Gewerkschaften, Genossenschaften u. politische Demokratie

Unter Hinweis auf den in Nr. 53 der „KAZ." abgedruckten Artikel: Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften, geben wir noch das folgende Kapitel aus der Broschüre „Sozialreform oder Revolution?" wieder.

Der Bernsteinsche Sozialismus läuft auf den Plan hinaus, die Arbeiter an dem gesellschaftlichen Reichtum teilnehmen zu lassen, die Armen in Reiche zu verwandeln. Wie soll das bewerkstelligt werden? In seinen Aufsätzen „Probleme des Sozialismus" in der Neuen Zeit ließ Bernstein nur kaum verständliche Fingerzeige durchblicken, in seinem Buche gibt er über diese Frage vollen Aufschluß: sein Sozialismus soll auf zwei Wegen, durch Gewerkschaften oder, wie Bernstein es nennt, wirtschaftliche Demokratie, und durch Genossenschaften, verwirklicht werden. Durch die ersteren will er dem industriellen, durch die letzteren dem kaufmännischen Profit an den Kragen.

Was die Genossenschaften, und zwar vor allem die Produktivgenossenschaften betrifft, so stellen sie ihrem inneren Wesen nach inmitten der kapitalistischen Wirtschaft ein **Zwitterding** dar: eine im kleinen sozialisierte Produktion bei kapitalistischem Austausche. In der kapitalistischen Wirtschaft beherrscht aber der Austausch die Produktion und macht, angesichts der Konkurrenz, rücksichtslose Ausbeutung, d. h. völlige Beherrschung des Produktionsprozesses durch die Interessen des Kapitals zur Existenzbedingung der Unternehmung. Praktisch äußert sich das, in der Notwendigkeit, die Arbeit möglichst intensiv zu machen, sie zu verkürzen oder zu verlängern, je nach der Marktlage, die Arbeitskraft je nach den Anforderungen des Absatzmarktes heranzuziehen oder sie abzustoßen und aufs Pflaster zu setzen, mit einem Worte, all die bekannten Methoden zu praktizieren, die eine kapitalistische Unternehmung konkurrenzfähig machen. In der Produktivgenossenschaft ergibt sich daraus die widerspruchsvolle Notwendigkeit für die Arbeiter, sich selbst mit dem ganzen erforderlichen Absolutismus zu regieren, sich selbst gegenüber die Rolle des kapitalistischen Unternehmers zu spielen. An diesem Widerspruche geht die Produktivgenossenschaft auch zugrunde, indem sie entweder zur kapitalistischen Unternehmung sich rückentwickelt, oder, falls die Interessen der Arbeiter stärker sind, sich auflöst. Das sind die Tatsachen, die Bernstein selbst konstatiert, aber mißverstehet, indem er nach Frau Potter-Webb die Ursache des Unterganges der Produktivgenossenschaften in England in der mangelnden „Disziplin" sieht. Was hier oberflächlich und seicht als Disziplin bezeichnet wird, ist nichts anderes, als das natürliche absolute Regime des Kapitals, das die Arbeiter allerdings sich selbst gegenüber unmöglich ausüben können.*)

Daraus folgt, daß die Produktivgenossenschaft sich ihre Existenz inmitten der kapitalistischen Wirtschaft nur dann sichern kann, wenn sie auf einem Umwege den in ihr verborgenen Widerspruch zwischen Produktionsweise und Austauschweise aufhebt, indem sie sich künstlich den Gesetzen der freien Konkurrenz entzieht. Dies kann sie nur, wenn sie sich von vornherein einen Absatzmarkt, einen festen Kreis von Konsumenten sichert. Als solches Hilfsmittel dient ihr eben der **Konsumverein.** Darin wiederum, und nicht in der Unterscheidung in Kauf- und Verkaufgenossenschaften, oder wie der Oppenheimersche Einfall sonst lautet, liegt das von Bernstein behandelte Geheimnis, warum selbständige Produktivgenossenschaften zugrunde gehen, und erst der Konsumverein ihnen eine Existenz zu sichern vermag.

Sind aber somit die Existenzbedingungen der Produktivgenossenschaften in der heutigen Gesellschaft an die Existenzbedingungen der Konsumvereine gebunden, so folgt daraus in weiterer Konsequenz, daß die Produktivgenossenschaften im günstigsten Falle auf kleinen lokalen Absatz und auf wenige Produkte des unmittelbaren Bedarfs, vorzugsweise auf Lebensmittel angewiesen sind. Alle wichtigsten Zweige der kapitalistischen Produktion: die Textil-, Kohlen-, Metall-, Petroleumindustrie, sowie der Maschinen-, Lokomotiven- und Schiffsbau sind vom Konsumverein, also auch von der Produktivgenossenschaft von vornherein ausgeschlossen. Abgesehen also von ihrem Zwittercharakter, setzen die Produktivgenossenschaften als allgemeine Durchführung vor allem die Abschaffung des Weltmarktes und Auflösung der bestehenden Weltwirtschaft in kleine lokale Produktions- und Austauschgruppen, also dem Wesen nach einen Rückgang von großkapitalistischer auf mittelalterliche Warenwirtschaft voraus.

Aber auch in den Grenzen ihrer möglichen Verwirklichung, auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaft reduzieren sich die Produktivgenossenschaften notwendigerweise in bloße Anhängsel der Konsumvereine, die somit als die Hauptträger der beabsichtigten sozialistischen Reform in den Vorderzrund treten. Die ganze sozialistische Reform durch die Genossenschaften reduziert sich aber dadurch aus einem Kampf gegen das Produktivkapital, d. h. gegen den Hauptstamm der kapitalistischen Wirtschaft, in einen Kampf gegen das Handelskapital, und zwar gegen das Kleinhandels-, das Zwischenhandelskapital, d. h. bloß gegen kleine **Abzweigungen** des kapitalistischen Stammes.

Was die Gewerkschaften betrifft, die nach Bernstein ihrerseits ein Mittel gegen die Ausbeutung des Produktivkapitals darstellen sollen, so haben wir bereits gezeigt, daß die Gewerkschaften nicht imstande sind, den Arbeitern einen Einfluß auf den Produktionsprozeß, weder in bezug auf den Produktions**umfang**, noch in bezug auf das **technische** Verfahren, zu sichern.

Was aber die rein ökonomische Seite, „den Kampf der Lohnrate mit der Profitrate" betrifft, wie Bernstein es nennt, so wird dieser Kampf, wie gleichfalls gezeigt, nicht in dem freien blauen Luftraum; sondern in den bestimmten Schranken des Lohngesetzes ausgefochten, das er nicht zu durchbrechen, sondern bloß zu verwirklichen vermag. Dies wird auch klar, wenn man die Sache von einer anderen Seite faßt und sich die Frage nach den eigentlichen Funktionen der Gewerkschaften stellt.

Die Gewerkschaften, denen Bernstein die Rolle zuweist, in dem Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse den eisernen Angriff gegen die industrielle Profitrate zu führen und sie stufenweise in die Lohnrate aufzulösen, sind nämlich gar nicht imstande, eine ökonomische Angriffspolitik gegen den Profit zu führen, weil sie nichts sind als die organisierte **Defensive** der Arbeitskraft gegen die Angriffe des Profits, als die Abwehr der Arbeiterklasse gegen die herabdrückende Tendenz der kapitalistischen Wirtschaft. Dies aus zwei Gründen.

Erstens haben die Gewerkschaften zur Aufgabe, die Marktlage der Ware Arbeitskraft durch ihre Organisation zu beeinflussen, die Organisation wird aber durch den Prozeß der Proletarisierung der Mittelschichten, der dem Arbeitsmarkt stets neue Ware zuführt, beständig durchbrochen. Zweitens bezwecken die Gewerkschaften die Hebung der Lebenshaltung, die Vergrößerung des Anteils der Arbeiterklasse am gesellschaftlichen Reichtum, dieser Anteil wird aber durch das Wachstum der Produktivität der Arbeit mit der Fatalität eines Naturprozesses beständig herabgedrückt. Um letzteres einzusehen, braucht man durchaus nicht ein Marxist zu sein, sondern bloß: Zur Beleuchtung der sozialen Frage von Rodbertus einmal in der Hand gehabt zu haben.

In beiden wirtschaftlichen Hauptfunktionen verwandelt sich also der gewerkschaftliche Kampf kraft objektiver Vorgänge in der kapitalistischen Gesellschaft in eine Art Sisyphusarbeit. Diese Sisyphusarbeit ist allerdings unentbehrlich, soll der Arbeiter überhaupt zu der ihm nach der jeweiligen Marktlage zufallenden Lohnrate kommen, soll das kapitalistische Lohngesetz verwirklicht und die herabdrückende Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Wirkung paralysiert, oder genauer, abgeschwächt werden. Gedenkt man aber, die Gewerkschaften in ein Mittel zur stufenweisen Verkürzung des Profits zugunsten des Arbeitslohnes zu verwandeln, so setzt dies vor allem als soziale Bedingung erstens einen Stillstand in der Proletarisierung der Mittelschichten und dem Wachstum der Produktivität der Arbeit, also in beiden Fällen, ganz wie die Verwirklichung der konsumgenossenschaftlichen Wirtschaft, **einen Rückgang auf vorgroßkapitalistische Zustände voraus.**

Die beiden Bernsteinschen Mittel der sozialistischen Reform: die Genossenschaften und die Gewerkschaften erweisen sich somit als gänzlich unfähig, die kapitalistische **Produktionsweise** umzugestalten. Bernstein ist sich dessen im Grunde genommen auch selbst dunkel bewußt und faßt sie bloß als Mittel auf, den kapitalistischen **Profit** abzuzwacken, und die Arbeiter auf diese Weise zu bereichern. Damit verzichtet er aber selbst auf den Kampf mit der **kapitalistischen Produktionsweise** und richtet die sozialdemokratische Bewegung auf den Kampf gegen die **kapitalistische Verteilung.** Bernstein formuliert auch wiederholt seinen Sozialismus als das Bestreben nach einer „gerechten", „gerechteren" (S. 51 seines Buches), ja einer „noch gerechteren" (Vorwärts vom 26. März 1899) Verteilung.

Der nächste Anstoß zur sozialdemokratischen Bewegung wenigstens bei den Volksmassen, ist freilich auch die „ungerechte" Verteilung der kapitalistischen Ordnung. Und indem sie für die Vergesellschaftung der gesamten Wirtschaft kämpft, strebt die Sozialdemokratie dadurch selbstverständlich auch eine „gerechte" Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums an. Nun richtet sie ihren Kampf, dank der von Marx gewonnenen Einsicht, daß die jeweilige Verteilung bloß eine naturgesetzliche Folge der jeweiligen Produktionsweise ist, nicht auf die Verteilung im **Rahmen** der kapitalistischen Produktion, sondern auf die Aufhebung der Warenproduktion selbst. Mit einem Wort, die Sozialdemokratie will die **sozialistische Verteilung** durch die Beseitigung der **kapitalistischen Produktionsweise** herbeiführen, während das Bernsteinsche Verfahren ein direkt umgekehrtes ist: er will die **kapitalistische Verteilung** bekämpfen und hofft auf diesem Wege allmählich die **sozialistische Produktionsweise** herbeizuführen.

Wie kann aber in diesem Falle die Bernsteinsche sozialistische Reform begründet werden? Durch bestimmte Tendenzen der kapitalistischen Produktion? Keineswegs, denn erstens leugnet er ja diese Tendenzen, und zweitens ist bei ihm nach dem vorher Gesagten die erwünschte Gestaltung der Produktion Ergebnis und nicht Ursache der Verteilung. Die Begründung **seines** Sozialismus kann also keine ökonomische sein. Nachdem er Zweck und Mittel des Sozialismus und damit die ökonomischen Verhältnisse auf den Kopf gestellt hat, **kann** er keine materialistische Begründung für sein Programm geben, **ist er gezwungen,** zu einer idealistischen zu greifen.

„Wozu die Abteilung des Sozialismus aus dem ökonomischen Zwange?" hören wir ihn dann sagen. „Wozu die Degradierung der **Einsicht,** des **Rechtsbewußtseins,** des **Willens** der Menschen?" (Vorwärts vom 26. März 1899.) Die Bernsteinsche gerechtere Verteilung soll also kraft des freien, nicht im Dienste der wirtschaftlichen Notwendigkeit wirkenden Willens der Menschen, oder genauer, da der Wille selbst bloß ein Instrument ist, kraft der Einsicht in die Gerechtigkeit, kurz, kraft der **Gerechtigkeitsidee** verwirklicht werden.

„Da sind wir glücklich bei dem Prinzip der Gerechtigkeit angelangt, bei diesem alten, seit Jahrtausenden von allen Weltverbesserern in Ermangelung sicherer geschichtlicher Beförderungsmittel geritteten Renner, bei der klapprigen Rosinante, auf der alle Don Quichotes der Geschichte zur großen Weltreform hinausgeritten, um schließlich nichts anderes heim zu bringen, als ein blaues Auge.

Das Verhältnis von arm und reich als gesellschaftliche Grundlage des Sozialismus, das „Prinzip" der Genossenschaftlichkeit als sein Inhalt, die „gerechtere Verteilung" als sein Zweck und die Idee der Gerechtigkeit als seine einzige geschichtliche Legitimation — mit wieviel mehr Kraft, mit wieviel mehr Geist, mit wieviel mehr Glanz vertrat doch Weitling vor mehr als 50 Jahren **diese Sorte** von Sozialismus! Allerdings kannte der geniale Schneider den wissenschaftlichen Sozialismus noch nicht. Und wenn **heute,** nach einem halben Jahrhundert, seine von Marx und Engels in kleine Fetzen zerzauste Auffassung glücklich wieder zusammengeflickt und dem deutschen Proletariat als letztes Wort der Wissenschaft angeboten wird, so gehört dazu allenfalls auch ein Schneider . . . aber kein genialer.

*) „Die Koperativfabriken der Arbeiter selbst sind, innerhalb der alten Form, das erste Durchbrechen der alten Form, obgleich sie natürlich überall, in ihrer wirklichen Organisation, alle Mängel des bestehenden Systems reproduzieren müssen."
Marx' Kapital, Bd. 3, T. 1, S. 427.

Nächstens erscheint:
Eine hochaktuelle Broschüre, die jeder Arbeiter lesen muß.
Volksentscheid gegen Panzerkreuzer
Preis nur 15 Pfennig
◀ Die Ortsgruppen müssen **sofort** bestellen. ▶

Die deutsche Außenhandelsbilanz im August

Die Außenhandelsbilanz Deutschlands für August zeigt folgendes Bild:

	Gegenwartswert in Mill. RM. Einfuhr	Ausfuhr	Mengen in 1000 t Einfuhr	Ausfuhr
1. Lebende Tiere	10,1	1,7	11,8	0,9
2. Lebensmittel und Getränke	340,5	39,2	905,2	157,4
3. Rohstoffe u. Halbfabrikate	550,3	215,7	4905,2	3249,4
4. Fertigwaren	182,5	769,2	191,4	731,2
Reiner Warenverkehr	1083,4	1025,3	6013,5	4138,9
Gold und Silber	61,9	2,8	—	—
Zusammen	1145,3	1028,6	—	—

Äußerlich gesehen, scheint die deutsche Außenhandelsbilanz für den Monat günstig. Mit doch die Ausfuhr um 111,7 Millionen Mark gestiegen und der Einfuhrüberschuß beträgt „nur" 58 Millionen Mark. Sie ist aber nichts weniger als günstig. Auch diese August-Bilanz ist ein Krisensymptom. Die Ausfuhrsteigerung ist zum Teil nur scheinbar, denn die Einfuhr ging um 99,1 Millionen Mark zurück. Die Ausfuhrsteigerung ist also nur eine sehr minimale und zudem noch auf Saisoneinflüsse zurückzuführen. **Die Abnahme der Einfuhr entfällt fast ganz auf Rohstoffe und halbfertige Waren** und Lebensmittel. Die Einengung der Rohstoffeinfuhr deutet aber auf einen schlechteren Eingang der Bestellung auf Fertigwaren bei den Fabrikanten, also auf eine Verschärfung der Krise. Der Rückgang der Lebensmittelenfuhr wieder deutet einen Rückgang der Kaufkraft bei den Massen an, denn im August wurde aus der neuen deutschen Ernte noch nicht gezehrt.

Die Steigerung der Ausfuhr der Fertigwaren entfällt auf Textilfertigwaren und Kinderspielzeug, also ausschließlich Saisonwaren. Auch Rohstoffe und Halbfabrikate sind an der Ausfuhrsteigerung stärker beteiligt, was ebenfalls auf mangelnder Aussicht auf Verarbeitung im Inlande hindeutet also als Krisensymptom gewertet werden kann.

Proletarisches Notizbuch

Bei einem Theaterbrand in Madrid kamen Hunderte von Menschen ums Leben.

Wissel an der Arbeit. Der Schiedsspruch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, der nur 2 Pf. Zulage pro Stunde vorsieht, soll 1½ Jahre gelten. Der Arbeitszeitschiedsspruch mit einer Schichtzeit von 9½, 10, ja 10½ Stunden soll 1½ Jahre gelten und erstmalig zum 31. März 1930 (!!) kündbar sein. — Die Gewerkschaften stimmten natürlich zu.

Arbeit für Arbeitslose. In den Leipziger Neuesten Nachrichten im Inseratenteil der größten deutschen Tageszeitung außerhalb Berlins, wird folgende Chance eröffnet: „Arbeitslose! Es werden für einen blutarmen Patienten Blutspender gegen entsprechende Belohnung gesucht. Zu melden bei Dr. von Pohl, Krankenhaus St. Georg, zw. 8 u. 9 Uhr vorm." — Da sage noch einer, man dächte nicht an die Erwerbslosen. — Keine Schamlosigkeit ist zu gemein.

„Weil er ins Gefängnis wollte." Freiwillig gestellt hat sich wegen Brandstiftung der 62 Jahre alte Arbeiter Georg L. aus Altenburg. Nach seinen Anzaben hat er am 22. September früh in der 6. Stunde in seiner Wohnung im Grundstück Antonstraße 18 einen Brand gelegt, der aber von Hausbewohnern rechtzeitig bemerkt wurde, so daß ein größerer Schaden nicht entstanden ist. Die kriminalpolizeilichen Ermittlungen ergaben, daß L. in der gemeinten Wohnung vier Brandherde gelegt hatte. Einen Herd hatte er angezündet und danach die Wohnung verlassen. Als Grund zu seiner Handlungsweise hat er angegeben, daß er ins Gefängnis möchte, da ihm seine Wohnung gekündigt sei und er nicht ins Arbeitshaus wolle. Er wurde der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Blutige Zusammenstöße in Litauen. 16 Demonstranten getötet. TU. Warschau, 18. Sept. Nach Warschauer Meldungen von der polnisch-litauischen Grenze ist es in dem litauischen Grenzstädtchen Lyngmany zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Ein Teil der Bevölkerung hatte einen Demonstrationszug veranstaltet, weil eine Anzahl Einwohner aus dem Wilna-Gebiet nicht die Erlaubnis zum Ueberschreiten der polnisch-litauischen Grenze erhalten hatte. Bei der Demonstration kam es zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei. Dabei wurden 16 Personen getötet. — Das freundschaftliche Verhältnis des „bedrohten" Litauens mit dem „Arbeiterstaat" ist ungetrübt.

Stinnes ist, nach dem einwandfrei festgestellt war, daß er die Republik um viele Millionen schröpfte, gegen Kaution von 1 Million aus der Haft entlassen worden.

Aus den Wirtschaftsbezirken

Cottbus

Die erste Panzerkreuzerversammlung der KPD. fand hier am 14. September statt. Die Besucher, kaum mehr als 200 Personen, bestanden voll zum geringsten Teile aus denjenigen die es eigentlich am meisten interessieren dürfte. Es hat den Anschein, als ob die „obersten Parolen" der Gewerkschaftsführer „solche Veranstaltungen" nicht zu besuchen, prompt befolgt wurden.

Ehe sich die KPD. samt RFB. anschickten, den furchtbaren Kampf gegen die Panzerkreuzer-bewaffnete SPD. zu bestehen, hatten sie schon vor Versammlungsbeginn ein Treffen siegreich bestanden. Einer unserer Cottbuser Genossen hatte die Dreistigkeit, die Versammlungsbesucher mit Material zu versorgen. Da er der Aufforderung, die Material-Verteilung zu unterlassen, und (als Anti-Bolschewist!) das Lokal zu verlassen, nicht Folge leistete, wurde dem Genossen, der sich dessen nicht versah, wohl auch nicht glaubte, daß man schon so tief gesunken sein kann, unversehens das Material „sozialisiert", das leider nur zum Teil wieder zurückerobert werden konnte. — Nun kann doch dem Aufstieg des RFB. wohl nichts mehr im Wege stehen?!

Das Referat eines Landtagsabgeordneten brachte nichts Neues. In der Diskussion sprach, außer einem prominenten KPD.-Mann, ein ehemaliges KPD.-Mitglied, der aber jetzt auch dafür eintrat, sich in den Betrieben zusammenzuschließen: im Uebrigen glaubte dieser KPD.-Genosse, der auch als „Renegat" gebrandmarkt wurde, viel Grund zu haben, die Cottbuser KPD. zu ermahnen, ihre Reihen zu reinigen. (Lausitzer KPD.-Bezirks-Sekretär).. Dadurch mag wohl der sachliche Teil der Ausführungen dieses Diskussionsredners etwas gelitten haben.

Alles in Allem: Die KPD. kann auf diese Versammlung nicht besonders stolz sein. — Nichtsdestoweniger wird sie immer weiter predigen, daß Sabotage an solch' parlamentarischen Gaukler-Kunststücken zu üben, wie es der neuerliche Volks- und Volksentscheid gewesen wird — Verrat an Arbeiterinteressen ist.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Hamburg.

Nächste Versammlung am Dienstag, den 2. Oktober, in Barmbeck, Bartholomäusstraße, Ecke Hamburgerstraße.

Tagesordnung: Referat „Lassalle und Bismarck"

Sympathisierende sind eingeladen!

Arbeits-Ausschuß Groß-Hamburg.

Zur Nachahmung!

Der 21. Unterbezirk (Nowawes) in Berlin hat durch Hausagitation 25 neue „KAZ."-Leser gewonnen. Macht's nach!

Groß-Berlin

Achtung! Körperschaften und Referenten!

Dienstag, den 2. 10., wichtige Sitzung. Thema: „Volksbegehren und Volksentscheid."

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: B. Schwermann, Berlin-Britz. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin-O 17, Langestr. 79.

Rev. Einheit gemacht

9. Jahrg. Nr. 56

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 6. Oktober 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,16 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Neue Perspektiven

Der deutsche Imperialismus ist noch ganz verdattert von den Schlägen, die er in Genf bekommen hat. Locarno liegt begraben — eine abgebaute Friedenstanne. — Deutschland kommt sich für einen Augenblick wieder als das besiegte, schwache Land vor, dem nichts als der Geist geblieben ist. Am meisten aber klagt vielleicht im Stillen die 2. Internationale. Nicht nur, daß die Befriedigung der Welt und die Widerlegung der bösen marxistischen Lehre wieder einmal vorbeigelungen ist, das wäre noch gar nichts, aber ein Sozialdemokrat war es, der diese Niederlage in Genf erleiden mußte! Dadurch wird die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie und ihr Wert für die Bourgeoisie fragwürdig. Aber nicht gleich weinen! Ist ja nicht so schlimm, ist ihm ja nicht passiert, weil er ein Sozialdemokrat ist! Graf Westarp hat doch selbst gesagt, daß jeder andere ebenso, und daß jeder Deutsche unterschreibt! Na also, nur nicht gleich weinen!

Und das andere, das mit der Befriedung — da müßt ihr doch vernünftig sein! Was hättet ihr denn vom ewigen Frieden? Ihr seid doch eben dazu da, die Arbeiter wieder in den Krieg hineinzuführen! Wenn ewiger Friede wäre, wozu würde man euch denn brauchen?! Ihr seid doch schon alt genug, um das zu verstehen!

Die Sozialdemokratie kann sich also trösten, aber auch der deutsche Imperialismus hat sich selbst gar keine solche Niederlage erlitten, wie man glaubt! Ist denn Deutschland noch das besiegte und schwache Land? Wohl haben Frankreich und England sich gefunden und die Fronten stehen jetzt wieder so wie 1914, aber der deutsche Imperialismus wird diesmal gewaltige Verbündete haben, die er 1914 nicht gehabt hat.

Als Frankreich im Jahre 1871 besiegt am Boden lag, sagte Marx voraus, daß Deutschland an diesem Sieg nicht froh werden wird, daß es Frankreich in die Arme Rußlands hineinzwingt, und daß ein neuer, gewaltiger Krieg des vereinigten Frankreich und Rußland gegen Deutschland die Folge sein wird. Wie alles, hat Marx eben auch den Weltkrieg mit größter Klarheit vorausgesehen. Was wir nun heute erleben, ist die dialektische Umkehrung der Verhältnisse. Das besiegte Deutschland wird in die Arme Rußlands getrieben, um in einem neuen, noch gewaltigeren Kriege Frankreich und England zu überfallen, wobei Amerika diesmal vielleicht dem deutsch-russischen Block seine Hilfe leisten wird.*) Rußland, im Jahre 1918 der revolutionärste Faktor, wird im nächsten Kriege der reaktionärste sein. Es wird dem deutschen Imperialismus die Phrasen liefern, die nötig sind, um den Proletarier besoffen zu machen: Heiliger Krieg des „Kommunismus" gegen den englischen Imperialismus, Verteidigung des „Vaterlandes der Arbeiter" und die ganze Leier, wie wir sie schon jetzt alle Tage zu hören bekommen. Rußland propagiert bereits einen Vier-Mächte-Bund, der aus Deutschland, Rußland, Türkei und Italien bestehen soll: die Proletarier dieser Länder sollen die Ehre haben, Hindenburg, Kemal Pascha, Mussolini und Rykow gegen den englischen Imperialismus zu verteidigen.

Betrachten wir also alles in allem, so kann man sagen, daß die Zukunftsaussichten für die deutschen Kriegsmacher gar nicht so schlecht sind. Phosgen und Leninismus werden sie jedenfalls genug haben. So wenig Vergnügen es uns macht, dem deutschen Imperialismus Trostwürfe zu geben, man ist fast versucht, auszurufen: Kopf hoch, Michel, es wird schon wieder dreingepfeffert und vergast werden, daß du deine Freude daran haben wirst! — Vorausgesetzt, daß das Proletariat nicht doch eines Tages sich an den Kopf greift und die Entdeckung macht, daß es auch noch auf der Welt ist!

*) Unmittelbar nach der bösen Rede Briands in Genf, hat man in Amerika schon davon gesprochen, Rußland anzuerkennen.

Große Koalitionsverhandlungen in Preußen. Der volksparteiliche Reichswirtschaftsminister Curtius ist im Namen der Deutschen Volkspartei an den Preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun herangetreten, um die Umbildung der preußischen Regierung im Sinne der Großen Koalition herbeizuführen. Braun hat geantwortet, daß er die eigentlichen Verhandlungen zwar den Parteien überlassen müsse, er hat aber, wie der „Vorwärts" meldet, „keinen Zweifel darüber gelassen, daß er nach wie vor eine möglichst große parlamentarische Mehrheit für wünschenswert halte."

Der 7. Oktober in Oesterreich

Der 7. Oktober ist zu einem Stichtag des österreichischen Proletariats geworden. So wissen linke Austromarxisten in den oppositionellen sozialdemokratischen Blättern zu berichten. Für sie braucht der Verrat der österreichischen Sozialdemokratie an dem Julikampf des österreichischen Proletariats im Jahre 1927 keinen Wendepunkt bedeuten, der das österreichische Proletariat der nacktesten Diktatur der österreichischen Bourgeoisie und ihrer Faschistenbanden ausliefert. Eine solche Kritik, die nach dem Ausgangspunkt für die Konsequenzen des Verrats an der Julischlacht des österreichischen Proletariats führte, würde auch die Position der „linken" Leser gratisam zerstören. Darum schweigen sie lieber, und warten die neue Niederlage ab, um dann ihre wirkliche Mission, die von neuem verratenen Massen der Sozialdemokratie von neuem zuzutreiben, besser erfüllen zu können.

Seit der Juliniederlage rüstet die österreichische Bourgeoisie unentwegt für die endgültige Niederwerfung und Knebelung der bis aufs Blut ausgebeuteten österreichischen Arbeiter.

Die Heimwehren betreiben seit dem Sommer, von einer sich bis zum Taumel des Arbeiterhasses übersteigernden Pressereklame begleitet, den „Marsch auf Wien". General-probe am 7. Oktober in der Proletarierfeste Wiener Neustadt. Kaum 50 Kilometer von Wien.

Ihr Führer, Landeshauptmann-Stellvertreter von Tirol, Bundesrat Dr. Steidle, ernennt sich zum österreichischen Mussolini. „Der Gordische Knoten kann nur mit Brachialgewalt gelöst werden." Was der Herr mit dem Knoten meint, ist, die Sozialdemokratie soll es nicht wagen, der Mieterschutzvorlage Seipels Schwierigkeiten zu bereiten, oder am 7. Oktober den Heimwehren die Stirn zu bieten, sonst . . .

Der Parteitag der SPOe. beschließt am 15. September seine „Verhandlungsbereitschaft" über den Mieterschutz. Otto Bauer „warnt" die Arbeiterschaft vor jeglichem Zusammenstoß mit den Heimwehren. Die Regierungsblätter würdigen Bauers Entgegenkommen in der Mieterschutzfrage als eine staatsmännische Tat.

Die Bourgeoisie jedoch will ganze Arbeit. Jetzt erst recht auf nach Wiener Neustadt zum 7. Oktober!

Auf dem Parteitag war aber neben Bauers Rede auch noch etwas anderes geschehen: zwei Vertreter des Wiener-Neustädter Industriegebiets melden den unbeugsamen Entschluß der Arbeiterschaft an, den bewaffneten Faschisten an Ort und Stelle um jeden Preis entgegenzutreten. . .

Eine Woche schwüler Ungewißheit. Das Bürgertum erhebt sein Triumphgeschrei wegen seines Erfolges in der Mieterschutzfrage, dieses Prunkstück der SPOe., mit dem sie gern ein wenig politisches Prestige erschachert hätte. Doch bald wird alles durch den 7. Oktober überschattet. Das Herz der Hausbesitzer überquillt vor Dankbarkeit für den Faschismus; sie geloben, mit „Gut und Blut" für die Heimwehren einzustehen. Der frühere Außenminister Mataja feuert sie Tag für Tag zum Sturm an; so auch andere Koryphäen der Regierungspartei. Die kühler Rechnenden fragen sich, ob der faschistische Mohr seine Schuldigkeit nicht bereits getan, wozu noch Risiken tragen, wenn einmal die Hausherrenrente gesichert ist . . ?

Faschisten sind Faschisten. Das Unternehmergeld kurbelt bloß den Faschismus an, aber lenkt ihn nicht. Wenn der Sold versoffen ist, drückt der Revolver in der Tasche. Erst wird man bezahlt, um ein Gewehr zu tragen — dann läßt man das Gewehrtragen sich selbst auszahlen. Gewehre sind Macht, Macht ist Geld. Jetzt erst recht! Auf, mit Stahlhelmen und Feldküchen, mit Karabinern und Maschinengewehren! Auf nach Wiener Neustadt!

Ergrimmt, ohnmächtig, fast schon resigniert erdulden die Arbeiter die ewige Provokation seit Monaten stündlich wiederholt.

Endlich tritt die SPOe. auf den Plan. „Am 7. Oktober auf nach Wiener Neustadt!" Aus dem Aufruf erfährt die Arbeiterschaft jedoch den Sinn dieses „Radikalismus". Die größten, auch die allergrößten Opfer wollte die Parteileitung erbringen, um den Steidles den Weg nach Neustadt zu verlegen. Sie ist so weit gegangen, ein Verfassungsgesetz zu beantragen, in welchem auf Jahre hinaus jeder Aufmarsch von Selbstschutzverbänden aller Richtungen verboten würde, wenn nur die Heimwehren in Wiener Neustadt auf den Aufmarsch verzichten und ihre Versammlung in einen geschlossenen Raum verlegen. Aber Seipel habe jedes Kompromiß abgelehnt. Die Partei fordere auch jetzt, daß beide Aufmärsche (sowie auch der der KOe.) von der Regierung verboten werden. Solange das nicht geschieht, heiße es, sich gegen die Faschisten selber schützen. Die Schutzbund-Abteilungen sowie die Arbeiterschaft des Viertels unter dem Wienerwald*) (einer der vier Kreise, in dies das Land Niederösterreich geteilt ist und in welchem Wiener Neustadt liegt) werden am 7. Oktober aufmarschieren. Die Verantwortung hat jetzt die Regierung. . .

Die Bourgeoisie lacht. Ah, ihr wollt euer Entgegenkommen in der Mieterschutzfrage, die versöhnliche Stimmung, die ihr damit geschaffen habt, dazu benutzen, um unsere Heimwehren politisch zum Rückzug zu zwingen? Ihr wollt, auf eure soeben bewiesene demokratische Gesinnung pochend, die wirkliche Machtlage, die außerparlamentarische Machtlage, die auf der Kraft unserer bewaffneten Zivilsöldner ruht, die wollt ihr hinterrücks aus den Angeln heben? Nichts da! Wie ein Mann steht die gesamte Bourgeoisie, alle ihre Parteien, alle ihre Gruppen, alle ihre Interessenten hinter Seipel, hinter dem Prälaten mit den eisernen Nerven. Der Heimwehraufmarsch in Wiener Neustadt ist mit einem Male eine grundsätzliche Frage. Eine Frage der freien und freien Bürgerrechte. Ein Verbot, das wäre selbst ein Verstoß gegen die dreimal geheiligte Demokratie! Die bürgerliche Demokratie verleugnet ihr uneheliches Kind, den Faschismus, solange sie ihn sicher weiß. Sobald ihm wirkliche Gefahr droht, weil die Arbeiterschaft sich gegen seinen Terror erhebt, dann bekennt sie sich zu ihm. „Kein Verbot, für Wiener Neustadt!"

Im obgrsteierischen Revier der Herren der Alpine Montan blicken Tausende von den Heimwehren niedergetretene Lohnsklaven, viele Hunderte von ihnen mit Gewalt in die Reihen ihrer Klassengegner gepreßt, nach Wiener Neustadt. Auch in allen Betrieben Oesterreichs, wo die Gelben sich jetzt frech tummeln.

Noch brüllt die Sozialdemokratie. Aber die Bourgeoisie läßt sich nicht verblüffen. Sie grkennt ihre Pappenheimer. Und wen wundert es, wenn es in der „Arbeiterzeitung" vom 28. September heißt:

„Herr Dr. Buresch kann uns verbieten, daß die Partei eine geordnete Versammlung abhält, daß sie zu den Massen spricht, daß sie für den notwendigen Ordnungsdienst sorgt; aber er kann nicht verhindern, daß am 7. Oktober die Plätze und Straßen von Wiener Neustadt voll von Arbeitern sein werden! Welche Wirkung hätte also dieses Verbot? **Nur die, daß uns, der Sozialdemokratischen Partei, die Last des Ordnungsdienstes und jede Verantwortung für den Ordnungsdienst abgenommen würde! Herr Dr. Buresch möge dann selbst dafür sorgen, daß es am 7. Oktober zu keinen Zusammenstößen kommt!"** — —

„Darum bleibt, was immer geschehe, die Parole: Die Arbeiter von Wiener Neustadt werden am 7. Oktober auf den Straßen ihrer Stadt sein! Und die Arbeiter des ganzen großen Industriegebietes unter dem Wienerwald werden mit ihnen sein!"

Diese feige Kapitulation war zwar vorauszusehen, aber sie bleibt doch ein „Ruhmesblatt" der österreichischen Sozialdemokratie, was die Demagogie anbetrifft, mit der man diese feige Kapitulation zu verdecken sucht. Die Sozialdemokratie wollte ja sowieso nur für „Ordnung" sorgen, — daran dürfte wohl niemand gezweifelt haben. Daß sie aber selbst auf diese offizielle Ordnerrolle kampflos verzichtet und sich feige verkriecht, das hätten gewiß viele sozialdemokratische Arbeiter nicht erwartet. Die „große Macht" hält fein den Mund, wenn es befohlen wird, — und überläßt das Proletariat seinem Schicksal.

So stehen die österreichischen Proletarier von neuem in einer ungeheuer kritischen — aber rotzalledem eindeutigen Situation. Ihre Partei und Gewerkschaften entpuppen sich in dem Momente, wo das Proletariat sie als Waffe des Kampfes gebrauchen will, als ein Schwert von Pappe. Noch mehr. Die Faschisten, dadurch ermuntert, werden nun erst recht „marschieren". Und die Sozialdemokratie

geschossen werden, tun das auf „eigenes Risiko". Warum haben sie auch die gottgewollte kapitalistische „Ordnung" gestört? Die Bourgeoisie rächt sich nun für die grandiose Geste des österreichischen Proletariats, die der Bourgeoisie bewies durch den brennenden Justizpalast, daß ihr „Recht" Schall und Rauch ist, wenn das Proletariat erwacht. Und die „Kampfpartei" steht dabei, und wedelt mit dem staatsfrommen Schwanz.

Ganz gleich, wie der 7. Oktober äußerlich verläuft: Wie viel Erschossene vielleicht die österreichischen Arbeiter den Opfern des 15. Juli nachtragen: Der Traum ist aus, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich das Vorbild des praktischen „konstruktiven Sozialismus" sei. Alles ist verschachert, vertan, weil die Bourgeoisie sich stark genug fühlt, offen die Machtfrage zu stellen. Das Proletariat könnte den Fehdehandschuh aufnehmen, hätte es die Lehren aus seiner Juliniederlage gezogen, und in den Betrieben und Sklavenmärkten die Waffe der Betriebsorganisationen geschaffen, die die Klasse der Ausgebeuteten in die Lage setzt, von unten aus die Einheit zu schmieden, sich selbst zu führen, zur Sicherung der Einheit der Aktion die revolutionäre antiparlamentarische Kampfpartei herauszubilden, die die Bewegung auf das Höchstmaß politischer Konzentration, Einheit und Klarheit setzt, um der Klasse der Bourgeoisie die Klasse des erwachten Proletariats entgegenzustellen. Das Proletariat auch in Osterreich hat dies noch versäumt. Nur eine kleine Gruppe unentwegter Kämpfer hat auch in Oesterreich den Weg der KAPD. gewiesen. — Der 7. Oktober wird nicht nur dem österreichischen, sondern dem gesamten internationalen Proletariat beweisen, daß dieser Weg trotzdem und allerdings gegangen werden muß.

Politische Rundschau

Der Zeppelin

Das war mal wieder was für die schwarz-weiß-roten Bierärsche, Kaffeetanten und nicht zuletzt für die Republikaner. An sich natürlich nichts neues, aber das „Deutschtum" könnte sich da mal wieder so richtig ausstinken, so, daß selbst der Sozialdemokratische Pressedienst schimpfte, und das noch, trotzdem der Löwe mit durfte, und der „Abend" so einen „seltenen Bericht" bringen konnte. Warum wohl? Nun, hier ist die Geschichte:

„Die erste große Fahrt des Luftschiffes Graf Zeppelin ist zu einem nationalen Skandal geworden. Die Zeppelinwerft hat das ausschließliche Recht der Berichterstattung für die von Bord des Luftschiffes gegebenen Meldungen **an Hugenberg und Ullstein verkauft.**

Eine seltsame, unwürdige Situation ist damit geschaffen worden. Ganz Deutschland hat mit großer Erwartung und Begeisterung diesem Flug entgegengesehen. Man weiß, daß das Luftschiff die besten modernen Nachrichtenmittel an Bord hat, man erwartete laufend direkte Standortmeldungen, Nachrichten über den Verlauf der Fahrt, über die Absichten der Führung. Statt dessen: Schweigen, Schweigen. Die deutschen Rundfunksender, die ihren Hörern ein lebendiges Bild von der Fahrt vermitteln wollten, standen einer Kette von Verlegenheiten gegenüber. Herr Dr. Eckener, der Verantwortliche, **hat ein Gesicht mit zwei großkapitalistischen Zeitungsverlegern der engen unmittelbaren Verbindung mit dem deutschen Volke vorgezogen.**

Wir wollen uns erinnern, wie dieser Zeppelin entstanden ist. Die Begeisterung über die Amerikafahrt des „Z. R. 3 gab die Grundlage für die Zeppelinspende, die Zeppelinspende die Grundlage für den Bau des Graf Zeppelin. Von den Reichssubventionen wollen wir gar nicht reden. Diese Entstehungsgeschichte des Graf Zeppelin verpflichtet. Herr Dr. Eckener hat sich dieser Verpflichtung gegenüber dem deutschen Volke entzogen.

Für den, der das Gespräch zwischen dem Frankfurter Rundfunksender und dem Funksender des Luftschiffes abhören konnte, trat das blamable dieser Situation hervor. Hier die Begeisterung, die Freude und die Erwartung: wo seid ihr, wohin geht euer Kurs, Deutschland hört auf euch — dort dischnoddrige Antwort; wo wir sind und wohin wir gehen, das dürfen wir euch nicht sagen; denn Huzenberg und Ullstein haben uns gekauft, aber — ihr könnt heute nacht gerne Grammophonmusik hören. Dieses Zwiegespräch wurde über den Deutschlandsender übertragen, die ganze Welt konnte es hören: die dummen Deutschen haben bezahlt und begeistern sich, aber das kapitalistische Geschäft pfeift auf sie! Wer wird sich nach diesem Schlag ins Gesicht noch begeistern?

Wir reden nicht über die Zeitungsverlezer, die aus echt deutscher Begeisterung mit Hilfe eines Monopolantrages ein Geschäft gemacht haben, das ist ihr Metier. Aber wir reden über die Zeppelinwerft und Herrn Dr. Eckener. Das ist ein wahrhaft vornehmer Dank an das deutsche Volk!

Herr Dr. Eckener! Die Anteilnahme des ganzen Volkes kam Ihnen entgegen. Sie haben eine wahrhaft große Sache in der Hand gehabt — und Sie haben daraus ein schäbiges Geschäft gemacht!"

Ist auch wirklich eine Gemeinheit? Die „Vorwärtser" hätten so gern ihre Pflicht in nationalistischer Schweinerei getan, ein ganzer Stab Schmierfinken hatte sich schon konzentriert, um über jeden Fotz herzufallen, den Eckener erlaubte auszuschlachten, und nun — diese Schmach! Man braucht sie gar nicht mehr. Aber geduldet Euch nur, wenn das „Volk" einmal wieder gebraucht wird, jedem Russen, einen Schuß, und jedem Franzosen einen Stoß zu geben, dann dürfen auch die nationalen Helden zweiter Klasse wieder nach Herzenslust mitmachen. Aber vielleicht erscheint bis dahin der „Vorwärts" schon bei Hugenberg oder Mosse. Das liefe schon fast nicht mehr auf — schon heute nicht mehr.

Rußland in der Welt voran

In der physischen Vernichtung der Opposition.

Der „Volkswille" veröffentlicht erneut Hilferufe aus Rußland, die sich gegen das „Verbrechen der Stalin-Rykow-Clique" im Kampfe mit der Trotzki-Opposition wenden. Ueber die Behandlung der Trotzkisten im Arbeiterbesserungslager Verbannung entnehmen wir ihm die folgenden Einzelheiten:

„Unsere Nachricht, daß **Trotzki** und seine Familie in ihrem Verbannungsort an **Malaria schwer erkrankt** ist, wird bestätigt. Die Krankheit hat bereits solche Fortschritte gemacht, daß Trotzki infolge **der beschneidenen Hände und Füße** und Körperschwäche absolut arbeitsunfähig ist, wodurch er gehindert ist, auch nur den kärglichsten Unterhalt für seine Familie und für sich zu bestreiten. Trotz der schweren Malariaerkrankung Trotzkis **verweigert ihm die russische Regierung jede ärztliche Verpflegung und jedes Arzneimittel.** Wiederholte dringende Gesuche um Umquartierung aus diesem Zwangsaufenthalt in eine gesündere Gegend sind **abschlägig** beschieden. Die Entscheidung der Stalin-Rykow zielt **auf physische Vernichtung Trotzkis und seiner Familie.**

Die anderen verbannten Oppositionellen befinden sich in ähnlicher schlechter Lage wie Trotzki. So ist auch Radek schwer erkrankt. Er hat sich in seinem Verbannungsort eine **gefährliche Nierenkrankheit** zugezogen. Er ist infolge Fehlens jeglicher Mittel in größter Gefahr. Nachdem er gezwungen war, seine **wertvolle Bibliothek zu verkaufen,** ist ihm die Möglichkeit zur Arbeit genommen. Er kann seinen Lebensunterhalt nicht bestreiten, so daß die Krankheit in dem geschwächten Körper günstigen Nährboden findet.

Sibiriakow ringt mit dem Tode. Auch dieser verdiente Bolschewist ist ein Opfer des Meuchelmordsystems des Stalinschen Verbannungskursus geworden. Sibiriakow ist in der Verbannung schwer krank geworden. Seine Ueberführung nach Moskau — zu einer zweckmäßigen Behandlung wurde immer wieder verzögert. Jetzt ist sie erfolgt. **Jedoch ist es zu spät. Smilga, Sapronow** und andere befinden sich in schwieriger Lage. Es ist zu befürchten daß sie heute schon ebenfalls in unmittelbarer Lebensgefahr schweben."

Der Unterschied zwischen dem „Arbeiterstaat" und anderen kapitalistischen Staaten scheint eben der zu sein, daß Renegaten gegen ihre eigenen früheren Genossen viel grausamer regieren als die Bourgeoisie selbst. Das dürfte vielleicht schon aus dem Vergleich der früheren Gefangenschaft im Zarismus mit der heutigen im „Arbeiterstaat" zu ersehen sein, und die meisten, die heute in Sibirien vernichtet werden, kommen wohl aus ihrer früheren Gefangenschaft her selbst den großen „Fortschritt" feststellen — den der Leninbund in der Rede sein. Dagegen, was das wervolste seiner Lehre betrifft: die materialistisch-dialektische Geschichtsauffassung, so stellt sie nur eine Forschungsmethode dar, ein prär leitende geniale Gedanken, die den Ausblick in eine neue Welt eröffnen, die unendliche Perspektiven über ununterbrochene selbständigen Betätigung eröffnen, die den Geist zu kühnsten Ausflügen in unerforschte Gebiete beflügeln.

Und doch — auch auf diesem Gebiet liegt, ausgenommen einige wenige Leistungen, das Erbe Marxens brach, unbenutzt liegt die herrliche Masse, und die Theorie des geschichtlichen Materialismus selbst ist heute genau so unausgearbeitet und schematisch, wie sie aus der Hand ihrer Schöpfer gekommen ist. An der Starrheit und Fertigkeit des Marxschen Lehrgebäudes liegt es also nicht, wenn es nicht weiter ausgebaut wird.

Häufig wird über den Mangel an intellektuellen Kräften in unserer Bewegung geklagt, die das Werk der Weiterführung der Theorien von Marx aufnehmen könnten. Ein solcher Mangel ist tatsächlich seit langem eingetreten, er ist aber selbst eine Erscheinung, die der Erklärung bedarf und kann keine andere Frage nicht erklären. Denn jede Zeit formt selbst ihr Menschenmaterial, und wo ein wirkliches Bedürfnis der Zeit nach theoretischer Arbeit vorliegt, da werden durch diese selbst die Kräfte zu seiner Befriedigung geschaffen. Aber haben wir ein Bedürfnis nach theoretischer Weiterführung der Lehre über Marx hinaus?

In einem Artikel über die Kontroverse zwischen der Marxschen und der Hevons'schen Schule in England höhnt Bernhard Shaw, der geistreiche Vertreter des Fabian'schen Halbsozialismus, über Hyndman, weil dieser im Grund des ersten Bandes des „Kapitals" vorgab, seinen „Marx" ganz zu verstehen und gar keine Lücke in der Marx'schen Theorie verspürte, während Friedrich Engels nachher in der Vorrede zum 2. Bande selbst erklärte, daß der 1. Band mit seiner Wertheorie ein grundlegendes ökonomisches Rätsel aufgegeben habe, dessen Lösung erst der 3. Band bringen sollte. Shaw hat hier Hyndman wirklich in einer recht komischen Lage ertappt, indes es dürfte wohl Hyndman zum Trost gereicht haben, daß er diese Lage — so ziemlich mit der gesamten sozialistischen Welt teilte.

In der Tat: Der 3. Band des „Kapitals" mit der Lösung des Problems der Profitrate — des Grundproblems im Marxschen ökonomischen Gebäude, ist erst im Jahre 1893 erschienen. Und doch wurde in Deutschland, wie in allen Ländern, bereits mit dem unfertigen Material, das der 1. Band lieferte, agitiert, die Marx'sche Lehre wurde als Ganzes, gestützt auf den einen ersten Bandes popularisiert und angenommen, ja, diese Agitation mit der teilweisen Marx'schen Theorie erzielte glänzende Erfolge, und nirgends wurde eine theoretische Lücke verspürt. Noch mehr, als der 3. Band endlich erschienen war, da erregte er zuerst in engsten Kreisen der Fachgelehrten einiges Aufsehen, rief einige Kommentare und Randglossen hervor, was jedoch die sozialistische Bewegung im Ganzen betrifft, so fand der 3. Band in den weiten Kreisen, die durch die Wirkungen des 1. Bandes beherrschten, in Wahrheit gar keinen Widerhall. Während die theoretischen Aufschlüsse dieses Bandes bis jetzt keinen einzigen Versuch der Popularisation hervorgerufen und tatsächlich noch nirgends Eingang in weitere Kreise gefunden haben, konnte man umgekehrt sogar neulich einzelne Stimmen hören, die auf sozialdemokratischer Seite die „Entäuschung" der bürgerlichen Nationalökonomen über den 3. Band zutreulich wiederholten, und damit nur gezeigt, wie sehr sie mit der „unfertigen" Darstellung der Wertrheorie, wie sie der 1. Band bietet, verwachsen waren. Wip ist eine so merkwürdige Erscheinung zu erklären?

Shaw, der, nach eigenem Ausdruck, gern über andere „kichert", hätte hier Grund, sich über die gesamte sozialistische Bewegung, soweit sie auf Marx fußt, lustig zu machen. Allein er würde da „kichern" über eine sehr ernste Erscheinung unseres sozialen Lebens. Die merkwürdige Begebenheit mit dem 1. und 3. Bande scheint uns nämlich ein drastischer Beleg für die Schicksale der theoretischen Forschung in unserer Bewegung überhaupt zu sein.

Der 3. Band des „Kapital" ist zweifellos vom wissenschaftlichen Standpunkt als die Vollendung der Marx'schen Kritik des Kapitalismus zu betrachten. Ohne den dritten Band ist das eigentliche herrschende Gesetz der Profitrate, ist die Spaltung des Mehrwertes in Profit, Zins und Rente, ist die Wirkung des Wertgesetzes innerhalb der Konkurrenz nicht zu verstehen. Aber — und das ist die Hauptsache — alle diese Probleme, so wichtig sie vom theoretischen Standpunkt aus sind, sind doch zienlich gleichgültig vom Standpunkte des praktischen Klassenkampfes. Für diesen war das große theoretische Problem: Die Entstehung des Mehrwertes, d. h. die wissenschaftliche Erklärung der Ausbeutung sowie die Tendenz der Vergesellschaftung des Produktionsprozesses, d. h. die wissenschaftliche Erklärung der objektiven Grundlagen der sozialistischen Umwälzung.

Beide Probleme beantwortet bereits der 1. Band, der die „Expropriation der Expropriateure" als unausbleibliches Endergebnis der Akkumulation des Mehrwertes und der fortschreitenden Kapitalkonzentration folgert. Damit war das eigentliche theoretische Bedürfnis der Arbeiterbewegung im großen und ganzen befriedigt. Wie der Mehrwert sich unter die einzelnen Ausbeutergruppen verteilt, und welche Verschiebungen die Konkurrenz bei dieser Verteilung in der Produktion hervorruft, das hatte für den Klassenkampf des Proletariats kein unmittelbares Interesse. Und deshalb ist der 3. Band des „Kapital" bis jetzt für den Sozialismus im ganzen ein angelesenes Kapitel geblieben.

Aber wie mit der Marx'schen ökonomischen Lehre steht es mit der theoretischen Forschung überhaupt in unserer Bewegung. Es ist nichts als eine Illusion, zu denken, die aufstrebende Arbeiterklasse könne durch den Inhalt ihres Klassenkampfes aus freien Stücken auf theoretischem Gebiete ins Unendliche Perspektiven eröffnen. Sie ist es heute allein, wie Engels gesagt hat, die den Sinn und das Interesse für die Theorie bewahrt hat. Der Wissensdurst der Arbeiterklasse ist sittlich bedeutend. Arbeiterkampf die kulturelle Erneuerung Kampfes auf den Boden der Wissenschaft ist an ganz bestimmte soziale Bedingungen geknüpft.

In jeder Klassengesellschaft ist die geistige Kultur: Wissenschaft, Kunst, eine Schöpfung der herrschenden Klasse, hat den Zweck, zum Teil direkt die Bedürfnisse des gesellschaftlichen Prozesses, zum Teil die geistigen Bedürfnisse der Angehörigen der herrschenden Klasse zu befriedigen.

In der Geschichte der bisherigen Klassenkämpfe vermöchten auch die aufstrebenden Klassen — wie der dritte Stand in der Neuzeit — ihrer politischen Herrschaft die intellektuelle Herrschaft vorauszuschicken, indem sie der vorgeleisten Kultur der vorhergehenden Periode noch als unterdrückte Klasse eine eigene neue Wissenschaft und Kunst entgegenstellten.

Das Proletariat befindet sich darin in einer ganz anderen Lage. Als besitzlose Klasse kann es auch in seinem Aufwärtsstreben keine eigene geistige Kultur aus den Stücken zu schaffen, solange es im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft und solange ihre wirtschaftlichen Grundlagen bestehen, kann es keine andere Kultur geben als bürgerliche. Die Arbeiterklasse steht als solche, wenngleich verschiedene „sozialistische" Professoren schon den Gebrauch von Kravatten, Visitenkarten und Fahrrädern bei den Proletariern als hervorragende Teilnahme am Kulturfortschritt bewiesen zu haben mögen, außerhalb der heutigen Kultur, und, obwohl sie den materiellen Gehalt sowie die ganze soziale Grundlage dieser Kultur mit eigenen Händen schafft, wird sie nur insofern zu ihrer Nutznießung zugelassen, als dies zur befriedigenden Ausfüllung ihrer Funktionen im wirtschaftlichen und sozialen Prozeß der bürgerlichen Gesellschaft erforderlich ist.

Eine eigene Wissenschaft und Kunst wird die Arbeiterklasse erst nach der vollzogenen Emanzipation nach der Befreiung von der Lohnknechtschaft von ihrer gegenwärtigen Klassenlage zu schaffen imstande sein.

Alles was sie heute vermag, ist, die Kultur der Bourgeoisie vor dem Verfalle, dem der bürgerlichen Reaktion zu schützen und die gesellschaftlichen Bedingungen der freien Kulturentwicklung zu schaffen. Selbst kann sie sich in der heutigen Gesellschaft auf diesem Gebiete nur insofern betätigen, als sie sich die geistigen Waffen zu ihrem Befreiungskampfe aneignet.

Damit sind aber von vornherein der Arbeiterklasse, d. h. ihren geistigen führenden Ideologen, sehr enge Schranken in der intellektuellen Tätigkeit zugewiesen. Das Gebiet ihres Schaffens durch „den besonderen Zusammenhang der Idee der wichtigsten Kulturerscheinungen der Jetztzeit. Und für den proletarischen Klassenkampf notwendig war, so hat er in der Sozialwissenschaft beharrlichend gewirkt, und das Denkmal dieser proletarischen Geisteskultur ist — die Marx'sche Lehre.

Aber auch die Schöpfung Marx', die als wissenschaftliche Leistung ein riesenhaftes Ganzes in sich ist, überschreitet die direkten Anforderungen des proletarischen Klassenkampfes, um deswillen sie geschaffen wurde. Sowohl in der ausführlichen und abgeschlossenen Analyse der kapitalistischen Wirtschaft, wie in der historischen Forschungsmethode mit ihrem unermeßlichen Anwendungsgebiet hat Marx Seinesgleichen geboten, als er für den praktischen Klassenkampf unmittelbar notwendig ist.

Nur in dem Maße, als unsere Bewegung in vorgeschrittenere Stadien tritt, und neue praktische Fragen aufrollt, greifen Bruchstücke seiner Lehre ausgearbeiten und zu verwerten. Wenn wir deshalb jetzt in der Bewegung einen theoretischen Stillstand verspüren, so ist es nicht, weil die Marx'sche Theorie, von der wir gezehrt, der Entwicklung unfähig sei oder sich überholt, überlebt habe, sondern umgekehrt, weil wir die wichtigsten geistigen Waffen, die uns in dem bisherigen Stadium zum Kampfe notwendig waren, der Marxschen Rüstkammer bereits entnommen haben, ohne sie damit zu erschöpfen; nicht weil wir im praktischen Kampf Marx „überholt", sondern umgekehrt, weil Marx in seiner wissenschaftlichen Schöpfung uns als praktische Kampfespartei im nicht mehr ausreicht, sondern weil unsere Bedürfnisse noch nicht ganz für die Verwertung der Marxschen Gedanken ausreichen.

So rächen sich die von Marx theoretisch aufgedeckten sozialen Daseinsbedingungen des Proletariats in der heutigen Gesellschaft an den Schicksalen der Marx'schen Theorie selbst. Ein unverzleichliches Instrument der geistigen Kultur, liegt sie in gewissem Sinne noch brach, weil sie für die bürgerliche Klassenkultur untauglich ist, die Bedürfnisse der Arbeiterklasse aber nach Kampfesweisen nach überschreitet. Und erst mit der Befreiung der Arbeiterklasse aus ihren heutigen Daseinsbedingungen wird mit anderen Produktionsmitteln auch die Marx'sche Forschungsmethode vergesellschaftet, um zum Wohle der arbeitenden Klasse zu ihrem vollen Gebrauch zu ihrer vollen Leistungsfähigkeit entfaltet zu werden.

Stillstand und Fortschritt im Marxismus

Ein Artikel Rosa Luxemburgs im „Vorwärts" am 14. März 1903.

In seinem seichten, aber stellenweise interessanten Geplauder über die sozialen Zustände in Frankreich und Belgien macht Karl Grün u. a. die treffende Beobachtung, daß Fouriers und St. Simons Theorien so ganz verschieden auf ihre Anhänger wirkten. Während der erstere der Stammvater einer ganzen Generation glänzender Talente auf verschiedenen Gebieten der Geistestätigkeit wurde, hat der letztere es mit wenigen Ausnahmen nur zu einer starren Sekte von Nachbetern gebracht, die sich in keiner Hinsicht hervorgetan haben. Grün erklärt diesen Unterschied damit, daß Fourier ein fertiges, bis in die Einzelheiten ausgearbeitetes System hervorgebracht, während St. Simon nur ein loses Bündel großer Gedanken seinen Schülern hingeworfen habe. Obwohl uns Grün im gegebenen Fall zu wenig den inneren inhaltlosen Unterschied zwischen den Theorien der beiden Klassiker des utopischen Sozialismus berücksichtigt zu haben scheint, so ist die Bemerkung im allgemeinen wichtig. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein nur in den Hauptzügen entworfenes Ideensystem viel anregender wirkt als ein fertiger symmetrischer Bau, an dem nichts mehr auszuführen ist, an dem sich ein reger Geist nicht selbständig versuchen kann.

Sollte dies der Grund sein, weshalb wir in der Marxschen Lehre seit Jahren einen solchen Stillstand verspüren? Denn tatsächlich, rechnet man ein paar selbständige Leistungen ab, die als theoretische Fortschritte betrachtet werden können, so haben wir seit dem Erscheinen der letzten Bände des „Kapitals" und der letzten Engels'schen Arbeiten wohl einige schöne Popularisationen und Ausführungen der Marx'schen Theorie gewonnen, aber im Grunde genommen stehen wir theoretisch genau so weit, wie uns die beiden Schöpfer des wissenschaftlichen Sozialismus gelassen haben.

Ist es, weil das Marx'sche System die selbständigen Regungen des Geistes in zu feste Rahmen geschlagen hat? Zweifellos läßt sich ein gewisser drückender Einfluß Marxens auf die theoretische Bewegungsfreiheit mancher seiner Schüler nicht leugnen. Haben doch schon Marx und Engels die Verantwortlichkeit für die Geistesoffenbarungen eines jedes „Marxisten" abgelehnt, und die peinliche Angst, um beim Denken — ja auf dem Boden des Marxismus zu bleiben", mag in einzelnen Fällen für die Gedankenarbeit ebenso verhängnisvoll gewesen sein, wie das andere Extrem — die peinliche Bemühung, gerade durch die vollkommene Abstreifung der Marxschen Denkweise ihm jeden Preis die „Selbständigkeit des eigenen Denkens" zu beweisen.

Allein, von einem mehr oder weniger ausgearbeiteten Lehrgebäude kann bei Marx nur auf ökonomischem Gebiete die Rede sein. Dagegen, was das wervolste seiner Lehre betrifft: die materialistisch-dialektische Geschichtsauffassung, so stellt sie nur eine Forschungsmethode dar, ein prär leitende geniale Gedanken, die den Ausblick in eine neue Welt eröffnen, die unendliche Perspektiven über ununterbrochene selbständigen Betätigung eröffnen, die den Geist zu kühnsten Ausflügen in unerforschte Gebiete beflügeln.

Und doch — auch auf diesem Gebiet liegt, ausgenommen einige wenige Leistungen, das Erbe Marxens brach, unbenutzt liegt die herrliche Masse, und die Theorie des geschichtlichen Materialismus selbst ist heute genau so unausgearbeitet und schematisch, wie sie aus der Hand ihrer Schöpfer gekommen ist. An der Starrheit und Fertigkeit des Marxschen Lehrgebäudes liegt es also nicht, wenn es nicht weiter ausgebaut wird.

Häufig wird über den Mangel an intellektuellen Kräften in unserer Bewegung geklagt, die das Werk der Weiterführung der Theorien von Marx aufnehmen könnten. Ein solcher Mangel ist tatsächlich seit langem eingetreten, er ist aber selbst eine Erscheinung, die der Erklärung bedarf und kann keine andere Frage nicht erklären. Denn jede Zeit formt selbst ihr Menschenmaterial, und wo ein wirkliches Bedürfnis der Zeit nach theoretischer Arbeit vorliegt, da werden durch diese selbst die Kräfte zu seiner Befriedigung geschaffen. Aber haben wir ein Bedürfnis nach theoretischer Weiterführung der Lehre über Marx hinaus?

In einem Artikel über die Kontroverse zwischen der Marxschen und der Hevons'schen Schule in England höhnt Bernhard Shaw, der geistreiche Vertreter des Fabian'schen Halbsozialismus, über Hyndman, weil dieser im Grund des ersten Bandes des „Kapitals" vorgab, seinen „Marx" ganz zu verstehen und gar keine Lücke in der Marx'schen Theorie verspürte, während Friedrich Engels nachher in der Vorrede zum 2. Bande selbst erklärte, daß der 1. Band mit seiner Wertheorie ein grundlegendes ökonomisches Rätsel aufgegeben habe, dessen Lösung erst der 3. Band bringen sollte. Shaw hat hier Hyndman wirklich in einer recht komischen Lage ertappt, indes es dürfte wohl Hyndman zum Trost gereicht haben, daß er diese Lage — so ziemlich mit der gesamten sozialistischen Welt teilte.

In der Tat: Der 3. Band des „Kapitals" mit der Lösung des Problems der Profitrate — des Grundproblems im Marxschen ökonomischen Gebäude, ist erst im Jahre 1893 erschienen. Und doch wurde in Deutschland, wie in allen Ländern, bereits mit dem unfertigen Material, das der 1. Band lieferte, agitiert, die Marx'sche Lehre wurde als Ganzes, gestützt auf den einen ersten Bandes popularisiert und angenommen, ja, diese Agitation mit der teilweisen Marx'schen Theorie erzielte glänzende Erfolge, und nirgends wurde eine theoretische Lücke verspürt. Noch mehr, als der 3. Band endlich erschienen war, da erregte er zuerst in engsten Kreisen der

Lohnkämpfe in der ganzen Welt

Streik der Werftarbeiter.

TU. Hamburg, 1. Oktober. Von dem Werftarbeiterstreik werden in Hamburg rund 18 000, in Bremen rund 12 000 und in Kiel über 11 000 Arbeiter betroffen. Damit haben rund 90 Prozent aller Werftarbeiter dieser drei Städte die Arbeit niedergelegt. An vielen Stellen stehen Streikposten. Verstärkte Polizeiposten patrouillieren in der Hafengegend. Zu Ruhestörungen ist es nirgends gekommen. Es hatten sich bei den verschiedenen hiesigen Werften zwar manche Arbeitswillige eingefunden, wobei es sich um Meister, Vorarbeiter, Lehrlinge und ältere Arbeiter handelte; sie mußten jedoch alle wieder nach Hause geschickt werden.

•

Bauarbeiterstreik in Schlesien.

WTB. Hindenburg, 27. September. In Beuthen, Gleiwitz und Hindenburg haben heute früh auf nahezu allen Baustellen die Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt. Es handelt sich um einen wilden Streik, der auf die Unzufriedenheit der Bauarbeiterschaft mit dem letzten Schiedsspruch zurückzuführen ist. Der Schiedsspruch sah nur eine Lohnerhöhung von **1 bis 2 Pfennig** für die Stunde vor.

•

35 000 Textilarbeiter aussgesperrt.

SPD. München-Gladbach, 2. Oktober. Die Textilunternehmer M.-Gladbachs haben ihre Androhung wahr gemacht. Gegen 45 000 Textilarbeiter aus M.-Gladbach, Rheydt und Viersen sind ausgesperrt. In dem Aussperrungsgebiet leben zirka 250 000 Menschen, so daß jeder sechste Einwohner von der Aussperrung betroffen ist. Die Fabrikschlote rauchen nicht mehr, keine Sirene ruft zur Arbeit. Eine feiertägliche Ruhe liegt über dem ganzen Bezirk.

•

10 000 tschechische Bergarbeiter im Streik.

SPD. Prag, 1. Oktober. Auf einer Revierkonferenz der freien Bergarbeiterorganisation wurde das Angebot der Unternehmer, das eine 2prozentige Lohnerhöhung vorsieht, dafür aber erhöhte Leistungen und die Beseitigung verschiedener Vorteile des alten Kollektivvertrages verlangt, einmütig als ungenügend abgelehnt und beschlossen, die Arbeit einzustellen. Die Arbeitseinstellung wurde sofort in 31 öffentlichen Bergarbeiterversammlungen proklamiert. Der Streik hat am Montag begonnen und umfaßt mehr als 10 000 Bergarbeiter.

Ausdehnung des australischen Hafenarbeiterstreiks.

WTB. Melbourne, 2. Oktober. Auf einer Tagung der am Hafenarbeiterstreik beteiligten Gewerkschaften wurde der Antrag, die Arbeit wieder aufzunehmen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Dagegen wurde eine Kommission mit der Beratung eines Antrages beauftragt, der für eine Ausdehnung des Streiks eintritt, und zwar soll in Zukunft den Gewerkschaftsangehörigen untersagt werden, Waren, an deren Beförderung oder Verladung freiwillige Arbeiter beteiligt gewesen sind, zur Weiterbeförderung zu übernehmen; weiterhin verlangt der Antrag, daß die Elektrizitäts- und Gasarbeiter aufgefordert werden, sich zur Aktion bereitzuhalten. Man erwartet, daß infolge dieser Beschlüsse der gesamte Küstenverkehr in der nächsten Woche lahmgelegt werden wird.

•

Streikbeschluß in Lodz.

TU. Warschau, 30. September. In Lodz fand Sonnabend eine Beratung zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Arbeiter in der Frage der Lohnerhöhung, die infolge des am 1. Oktober abzulaufenden Lohntarifes gefordert haben, statt. Während der Beratung ergaben sich große Schwierigkeiten, da die Vertreter der Industriellen in Erwiderung auf die vorgetragenen Forderungen der Arbeiter von vornherein erklärten, daß infolge der schwierigen Lage der Industrie, eine Erhöhung der Arbeitslöhne nicht zustande kommen könne. Nach längerer Aussprache gab der Vertreter der Arbeiter eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß der ablehnende Standpunkt der Industrie eine Erbitterung unter der Arbeiterschaft hervorrufen würde, die zu schweren Verwicklungen führen könnte. Tatsächlich fand gleich am Abend nach der Konferenz eine Besprechung der Vertreter der Arbeiterverbände statt, in der der Beschluß gefaßt wurde, den Streik ausrufen. Die Festsetzung des Zeitpunktes des Streiks ist bis Montag vertagt worden.

•

Textilarbeiterstreik in Frankreich.

Paris, 28. September. („Rote Fahne".) Der Textilarbeiterstreik in Nordfrankreich greift weiter um sich. Im Laufe des gestrigen Tages hat sich bereits die Mehrzahl der Betriebe in Hazebrouk dem Kampf angeschlossen. Auch in Lille wird für die nächsten Tage mit dem Ausbruch des Streiks gerechnet. In Armentières und Houglines liegen sämtliche Betriebe still. In Tourcoup streiken außer den Textilarbeitern auch die Metallarbeiter.

In Armentières kam es gestern zu ziemlich schweren Zusammenstößen zwischen Streikenden und Streikbrechern. Berittene Gendarmerie stürzte sich auf die Streikenden und versuchte vergebens, die Menge zu zerstreuen. Mehrere Arbeiter wurden durch Pferdehufe und Gummiknüppel verletzt.

Es streiken gegenwärtig bereits mehr als drei Viertel der gesamten Textilarbeiter des nordfranzösischen Textilgebietes.

Der Streik der Dockarbeiter in Bordeaux dauert an. Sämtliche anlaufenden Schiffe mußten abfahren, ohne ihre Fracht gelöscht, bzw. die bereits liegende Fracht übernommen zu haben.

•

Der Streik der U-Bahn-Arbeiter in Berlin.

2. Oktober. Gestern früh sind, wie beschlossen, auch die U-Bahnbauarbeiter am Alexanderplatz mit in den Streik getreten. Hier kommen 1400 Mann in Frage, so daß jetzt über 3000 U-Bahnarbeiter im Kampfe um die zwischentarifliche Lohnforderung von 30 Pfennig stehen.

Bei der Tiefbaufirma Hirsch haben die Arbeiter sämtlicher Baustellen beschlossen, heute, Mittwoch, früh um 10 Uhr ebenfalls in den Streik zu treten, wenn bis dahin die aufgestellte Forderung nicht bewilligt ist.

Die Belegschaft der AG. für Bauausführungen, Dircksenstraße, sprach sich gestern in einer Versammlung der Nachmittagsschicht ebenfalls für den Streik aus und forderte einstimmig, daß heute, Mittwoch, eine Betriebsversammlung stattfinden müsse, um die Einreihung in die Front der Kämpfenden endgültig zu beschließen.

•

Unter dem Druck der internationalen Kapitalsoffensive bäumt sich der proletarische Riese immer eneut auf. So lange jedoch das Proletariat im Rahmen der demokratischen Gesetzlichkeit kämpft, wird sein Kampf dem Schicksal der vorausgegangenen Anläufe verfallen, d. h. letzten Endes stehen die einzelnen Arbeitergruppen wieder ausgehungert vor der nackten Staatsgewalt der Kapitalisten, und ihre Gewerkschaften organisieren zu gegebener Zeit die Niederlage und den Streikbruch. Die Bonzokratie kann — vor allen Dingen in Deutschland — keine ernsthafte „Erschütterung des Wirtschaftslebens" gebrauchen. Nach ihrer Ansicht leben wir — frei nach Nörpel — ja in keinem kapitalistischen Staate mehr, den man bekämpfen muß. Ein klassisches Beispiel dafür ist die organisierte Streikbrucharbeit der Gewerkschaften bei den Berliner U-Bahnbetrieben —; doch wird die Zeit lehren, daß letzten Endes alle Dämme zu schwach sind, um auf die Dauer die Erkenntnis zu verdrängen, daß nur der Kampf auf Leben und Tod eine Gesellschaftsordnung überwinden kann, deren weitere Existenz an den Zwang gebunden ist, das Proletariat immer weiter in die Barbarei zu stoßen.

Jesus Christus und der Volksentscheid

An ganz versteckter Stelle bringt die „Rote Fahne" (Nr. 229) einen Aufruf der „Christlich-sozialen Reichspartei" des Vaterlandes Verständnis für „Jesus Christus" und die Pfaffenzebote näher. In dem Aufruf heißt es u. a.:

„So wenig, wie wir uns mit den Zielen der Kommunistischen Partei einverstanden erklären, so wenig scheuen wir uns, mit den Menschen dieser Partei, die für eine gemeinsame Sache zu machen, um der Idee des Friedens eingeleiteten Aufrüstung erfolgreich entgegenzutreten. Daß die sozialdemokratische alles aufbieten wird, um die aufgebrachten sozialdemokratischen Anhänger von dem unverzeihbaren und folgenschweren Wortbruch der sozialdemokratischen Minister abzulenken, war vorauszusehen.

Die Christlichsoziale Partei richtet daher an alle Freunde des Friedens und der Abrüstung den dringenden Appell, sich durch keinerlei Hetze von der Durchführung der eingeleiteten Aktion abwendig machen zu lassen. Den **Volksbreisen, die sich als Christen bekennen, müssen die Worte Christi: „Den Frieden geb ich euch, den Frieden hinterlaß ich euch" und das göttliche Gebot: „Du sollst nicht töten" ins Gedächtnis zurückgerufen werden,** angesichts der Hetze, die in verschärftem Maße anhebt, um den Volksentscheid zu verhindern und alsdann die Aufrüstung im gesteigerten Maße zu betreiben und so die neue Völkervernichtung vorzubereiten.

Wenn das nicht zieht, zieht gar nichts mehr. Mit Gott für Fleck und Volksentscheid, wird dann wohl der Friede bald da sein. Wer »brauch da noch Revolution, wo vielleicht Todesfälle vorkommen können? — Selig sind, die geistig arm sind!

Der „Fall" Thälmann

Nun haben auch die Granaten-Bolschewisten ihren Skandal. Inmitten des großen Volksentscheidsrummels, während die Soldaten des RFBund mit Pauken und Trompeten Reklame für die neueste „Aktion" der „revolutionären" KPD. machen, ist der rote General und 1. Vorsitzende der Partei, Teddy Thälmann, sang- und klanglos im Abgrund verschwunden. Oder vielmehr mit einigem Krach. Teddy stürzte über eine an sich ganz belanglose und unpolitische Saul- und Klaugeschichte seines Kampans, Wittorf in Hamburg. Daß die Hydegesellschaft, zu der auch

sellschafter der Phoebus-Treuhand-Gesellschaft m. b. H. in Berlin sind mit einem Stammkapital von 20 000 Mark. Daran war Richard Müller mit 12 000 M., Paul Weyer mit 8000 M. beteiligt. In dieser Versammlung am 5. Juli wurde nun beschlossen, das Stammkapital auf 100 000 Mark zu erhöhen: Auf das neue Geschäftskapital übernahm Herr Müller einen Stammanteil von 48 000 Mark, Herr Weyer einen Stammanteil von 32 000 Mark. Es wurde beschlossen, die Anteile voll in bar einzuzahlen. Es wurde weiter beschlossen, auch die noch ausstehenden 75 Proz. auf den 15 000-Mark-Stammanteil sofort in bar einzuzahlen.

Somit haben also am 5. Juli 1928

Richard Müller 60 000 RM.
Paul Weyer 40 000 RM.

besessen. Davon sind allein am genannten Tage von beiden zusammen 91 250 RM. in bar eingezahlt worden. Das gesamte Kapital stand ab diesem Tage zur freien Verfügung der beiden Genannten.

Alle diese Angaben stehen dokumentarisch fest und können von Interessierten jederzeit im Amtsgericht Berlin-Mitte, Neue Friedrichstraße, unter dem Aktenzeichen 122 H. R. B. 37 084 eingesehen werden.

Auch wir haben uns von der Echtheit des Vorstehenden überzeugt. In den Handelsregisterakten heißt es wörtlich: „Wir versichern, daß auf die übernommenen neuen Stammeinlagen die Einzahlungen in voller Höhe geleistet sind, ebenso die 75 Proz., die jetzt auf die 15 000 Mark der vorigen Kapitalserhöhung einzuzahlen sind. Sämtliche eingezahlten Beträge von zusammen 91 250 Mark befinden sich in unserer freien Verfügung.

Berlin, den 5. Juli 1928.

gez.: Richard Müller, Paul Weyer."

Das ist die Frucht „revolutionärer" Gewerkschaftspolitik, die den Grundprinzipien des Klassenkampfes auswecht, und „große" Männer an Stelle von Grundsätzen setzt. So stoßen sich politische Bauernfänger gesund.

Der Kampf um die Negersklaverei

Seit das deutsche Proletariat mit Hilfe der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften niedergeschlagen ist, geht der Ehrgeiz des Führerklüngels auf Kolonien aus. Die Unterwerfung der afrikanischen Völker verspricht Posten, Wohlleben und Reichtum. Der Schlußsatz des im Sommer auf dem Internationalen „Sozialistischen" Kongreß in Brüssel angenommenen „sozialistischen" Kolonialprogramms lautet: „Was das Mandatssystem anbelangt, so kann der Grundsatz der Treuhänderschaft gegenüber dem Völkerbunde nicht willkürlich auf einzelne Gebiete beschränkt sein. Er muß auf das ganze tropische und subtropische Afrika und ähnliche Kolonien mit unentwickelter Kultur ausgedehnt, und das Recht der Gemeinschaft der Nationen (im Völkerbund! Red.) muß anerkannt werden."

Wie führende Sozialdemokraten gegen den Panzerkreuzer sind — weil er nicht weit genug schießt und nicht genügend Proleten mit einmal erledigt, so ist man auch gegen die Kolonialpolitik — der andern. Weil man nicht selbst mitmachen kann! Das „Mandatssystem", d. h. das Recht der europäischen Hyänen, die Neger zu fressen, soll jedem zustehen, der in Europa Proletarier ausbeutet.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaft waren früher grundsätzlich Gegner der Ausbeutung der Kolonialvölker durch den europäischen Kapitalismus. Die Heldentaten der Vogelsang, Wörmann und Konsorten, die um einige Fäßchen Schnapsein paar glitzernde Blechsachen und ein paar Ellen bunten Baumwollstoff Ländereien von der Größe Deutschlands „kauften", wurden stets mit dem richtigen Namen genannt. Die Lumpereien der Karl Peters (Hängekarl) und Konsorten, die in Afrika die Männer an die Bäume banden und in ihrer Gegenwart ihre Frauen und Kinder schändeten, dienten als ständiges Propagandamittel, nicht nur gegen die Kolonialpolitik, sondern gegen die die Moral verlumpende kapitalistische Gesellschaft überhaupt.

Die Kolonialpolitik der Sozialdemokratie und Gewerkschaften ist verständlich. Die Arbeitslosen in der Heimat reißen dem Kapitalismus Profite weg, und schmälern die Posten und Pfründen der Bonzen, die sich dem Kapital ganz verkauft haben oder verkaufen möchten. Der Schreier sind zuviele, als daß sie alle in der Partei und in den Gewerkschaften angestellt werden können. Die oberen „bewährten Führer", die ausgedienten Schichten, denen die Heimat nichts mehr bietet, möchten ganz gern die Rolle der Hängekarle spielen. Deshalb „gleiches" Recht der Gemeinschaft der Nationen".

Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie handeln auf dem Gebiete der Kolonialpolitik nicht anders wie auf dem der inneren, d. h. sie befolgen genau das Entgegengesetzte, als einst. Wir kommen aber darauf zurück, weil — der deutschnationale Lokalanzeiger in seiner Morgenausgabe vom 3. Oktober sich das obige Zitat aus dem „sozialistischen" Kolonialprogamm zu eigen macht und in einem Leitartikel Kolonien fordert, wie die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Die Deutschnationalen, die 1923, gelegentlich des Londoner Abkommens noch Gegner des Mandatssystems waren, haben also von den Herren „Arbeiterführern" gelernt!

Es ist natürlich Unsinn, daß die afrikanischen etc. Völker sich nicht selbst regieren können. Diese waren einst reiche und kastfreie Völker und erst durch die kapitalistischen Kulturbringer, durch die europäische Ausbeutung und Bedrückung wurden sie zu Bestien gemacht, soweit sie es heute sind oder sein sollen.

Die Treppe hinaufgefallen

Nachrichten aus Rußland zufolge, wird Der Präsident der russischen Staatsbank, Scheinmann, von seinem Posten zurücktreten. Als sein Nachfolger wird der Leiter der russischen Handelsvertretung in Paris, Piatakow, genannt. Piatakow spielte bekanntlich im vorigen Jahre eine immerhin nicht unbedeutende Rolle in der Opposition. Nur ein plötzliches Umschwenken rettete ihn vor dem Abhau und vor der Gefährtenschaft Trotzky's in Sibirien. Jetzt hat Herr Piatokow sich so gründlich dem Stalinismus verschrieben, daß er in der Gestalt des Staatsbankpräsidentenpostens den Lohn für seinen Umfall erhält. — Zur Nachahmung empfohlen.

Proletarisches Notizbuch

Trustkapital und Stahlhelm. Der Pressedienst der Deutschen, Volkspartei, der stärksten Partei des deutschen Trustkapitals, teilt parteiamtlich mit, daß Vorstand der Partei halte es für politisch nicht mehr möglich, daß Mitglieder der Fraktion weiterhin dem Stahlhelm angehören. — Zum Schutz des Geldsacks scheint ihnen das Reichsbanner zweckmäßiger.

„Revolutionäre Reklame". In Berlin, Neue Königstr. 62/64, ist ein neuer Tanzraum entstanden unter Leitung von H. Frank. St. Paull nennt sich diese Vergnügungsstätte, die den Kassenverhältnissen Der minderbemittelten Schichten Rechnung trägt. In den renovierten Räumen wird Gelegenheit gegeben, ein original hamburgisches Restaurant kennenzulernen. Hamburg. Spezial. — Wandmalereien M Mister Meschugge — alles zusammen bietet ein buntes Leben. — Dazu freier Eintritt und freier Tanz. (Volkswille" vom 1. Oktober.)

Belagerungszustand in Australien. TU. London. 28. Sept. Nach einer Meldung aus Adelaide kam es am Donnerstag abend zwischen streikenden Hafenarbeitern und Streikbrechern zu einem schweren Zusammenstoß. Die Regierung ist zu einer Sondersitzung zusammengetreten und hat die Aufstellung einer Bürgerpolizei angeordnet. Der Belagerungszustand wurde erklärt.

Dänischer Bankkrach. Eine der größten Kopenhagener Banken, „Privatbanken", hat mit einem Gesamtverlust von 70 Millionen Kronen bankrott gemacht.

Aus den Wirtschaftsbezirken

Wasserkante

Schatz, mach Kasse!

Die KAZ. hat über die Beschlüsse des leninistischen ZK. zur Hamburger Korruptionsaffäre schon berichtet. Es handelt sich vom Standpunkt des Prestiges tatsächlich um einen der schwersten Schläge, den die KPD. bisher überhaupt erhalten hat.

Teddy und sein Anhang waren den gläubigen Moslims die Personifizierung des eigenen politischen Stumpfsinns. Gegen den imitierten Hafenarbeitertyp der Hamburger Bönzen gab es einfach keine politischen, sondern nur „schlagende" Argumente. — Ehren-Brandler stürzte als „rechtes Schwein", Roth und Maslow waren „Agenten Chamberlains". Man darf gespannt sein, wie nun die „Abweichung" der Teddy-Corona bezeichnet werden wird. Vielleicht erscheint eine Theorie über die Notlage der armen Ekki-Kostgänger. Wo alles liebt, kann Ernst allein nicht hassen?

Die Verlegenheit des Arbeiters, der kaum noch zwischen Halunken und Genossen zu unterscheiden weiß, kennt man natürlich „oben" nicht. Wenn Wittorf bei seinem „einnehmenden" Wesen besonders dazu geeignet war, stalinistische Radauhorden in Versammlungen linker Arbeiter zu dirigieren, so wird die Auslese der tüchtigsten schon den richtigen Ersatz schaffen. Da mag der arme Urbahns in seinem „orthodoxen" General-Anzeiger noch soviel blanke Rotztränen über das rücksichtslose Strebertum weinen, das die alten ehrlichen Führer beiseite schiebt. Raben gehören zum Aas!

Bei aller Tragik für die Revolution wünschen wir den KPD.-Arbeitern ohne jede Bosheit einen gesegneten Appetit: Wenn die Geschichte auch Moskaus Sektionen zu politischen Huren des Kapitals gemacht hat so dreht das Hamburger Kassenstück die Szenerie jetzt nach der bürgerlich-menschlichen Seite und zeigt, daß die stalinistische Nutte eben auch ihre — Zuhälter hat.

Das ist 'ne gemütliche Demokratie!

Die „antibolschewistischen Wirrköpfe" von links sind wieder mal erappt worden. In ihren schmutzigen Phantasien marschiert die parlamentarische Demokratie immer nur auf Filzlatschen. Da steht das Volk nicht auf, kein Sturm bricht los! Im stillen Kämmerlein, buchstäblich an einem Klosett, muß hier der Wähler — — Weltgeschichte machen und dort gleich schlafen, bis wieder die Posaune des jüngsten Gerichts ertönt.

Grau aber, lieber Freund, ist alle Theorie. Es gibt auch in der Republik immer noch Wahlkämpfe, wo die Heugabelatmosphäre derart zu Hause ist, daß ein verrückter Bankbeamter seine Freude daran haben kann. Das kleine Hamburgische Landstädtchen Geesthacht weiß davon ein Lied zu singen. Da sollte am letzten Sonntag ein neues Gemeindeparlament zur Welt kommen. Die pflichtvergessenen „Arbeitervertreter" beider Couleurs hatten vor ein paar Wochen wegen der dreckigen Nase des Bürgermeisters einfach den Laden hingeschmissen. Muß da das Volk nicht abstimmen, ob der gute Mann seine Nase behalten darf?

Das Resultat dieses Wahlkampfes ist überwältigend: 1 Toter und 96 Verletzte, davon 16 schwerer Art, sind auf der Walstatt geblieben. Man sollte nicht denken, was solch ein Stimmzettel tut. Seit Wochen haben in dieser „roten" Domäne der Kampf zwischen den feindlichen Brüdern geobt. Zum Sonntag marschierten nun KPD. und SPD. mit je 1500 ihrer Windjacken-Rowdys auf. Geesthacht hat ca. 2000 Wahlberechtigte. Da mußte auf diese Art doch die demokratische Freiheit ausreichend „gesichert" sein.

Zuerst probierten die rauflustigen Wahlhelfer an einer kleinen, aber soliden Bolzerei ihr Klassenbewußtsein. Die Polizei stand machtlos vis-à-vis, weil sie bei einer Stärke von 10 Mann auf solche „Klassenkämpfe" nicht eingerichtet war. Als dann aber nach einigen Stunden die Schlacht der Dreitausend entbrannte, nützten auch die inzwischen herbeigeholten polizeilichen Verstärkungen noch nichts. So stand die Staatsgewalt Gewehr bei Fuß und damit diesmal wirklich über den „Klassen" und die proletarische Pubertät konnte sich ganz ungehindert austoben. Nach den Berichten der kapitalistischen Blätter muß es auch wirklich toll gewesen sein. Man vergegenwärtige sich, wenn dreitausend Menschen in zahlosen Gruppen mit Totschlägern, Messern und Schußwaffen die Haltbarkeit ihrer Knochen aneinander ausprobieren, bis endlich die noch mehr verstärkte Polizei dann den gerechten Frieden macht. Die Wahlhandlung mußte unter solchen Umständen vorzeitig abgebrochen und verschoben werden. Sie wird sich wohl auf diese Weise nicht wiederholen, weil die kapitalistische Presse energisch fordert, daß dem Terror der „roten Wehrverbände" ein Ende gemacht wird, indem man jedem Wähler von Geesthacht für das nächstemal einen Sipo zur „Sicherung der Gewissensfreiheit" beigibt.

Wenn nun der Leser von uns verlangt, daß wir endlich wieder in die Wirklichkeit zurückkehren sollen, so können wir nur wiederholen, daß wir nicht von der Münchner Oktoberweise und von keiner Kirchweih, sondern wahrheitsgemäß vom Verlauf der Gemeindewahlen in Geesthacht berichtet haben. Urbahns wird schmunzeln, daß nun wieder „linke" Tendenzen im „revolutionären Parlamentarismus" zum Durchbruch kommen. Aber der klassenbewußte Arbeiter sieht mit Grausen eine Perspektive, wo sich Proleten für Parlamentsaffen den Schädel einschlagen und wo das letzte Klassenbewußtsein ersaufen müßte, wenn Wahlschwindel und politisches Rowdytum nicht einen Katzenjammer hervorrufen würden, der wieder zum Ausgangspunkt proletarischer Klassentat werden wird.

Aus der Internationale

Holland

Wie revolutionäre Einheit gemacht wird.

Dem „Persmateriaal van de Groepen van Internationale Communisten" entnehmen wir folgenden Bericht:

Es war unseren 14 bezahlten Führern vom NSV. ein Dorn im Auge, daß in Holland zwei revolutionäre „syndikalistische" Gewerkschaftszentralen nebeneinander existieren. So etwas ist für bezahlte Gewerkschaftsbonzen, seien es auch syndikalistische, nicht mit ihrem revolutionären Gewissen zu vereinbaren. Obendrein: von den 8000 Mitgliedern, welche bei der Abspitterung vom NSA. da waren, blieben gar noch 4000 übrig. Und was sollen Generäle anfangen ohne Soldaten? Im Interesse der revolutionären Einheit mußte also die Verschmelzung vom zentralistisch- kommunistischen NAS. mit dem sogen. „reinen" syndikalistischen NSV. zu Stande kommen.

Und ehrlich gesagt, lag auch gar kein Grund vor, die Scheidung noch länger aufrechtzuerhalten. Parlamentarisch waren beide. Koalitionspolitik trieben sie auch, die Notwendigkeit, kollektive Arbeitsverträge abzuschließen, sahen beide ganz gut ein, nur war das NAS. anzeschlossen bei der RGI. und das NSV. bei der Berliner IAA. Aber ein Nörgler, der auf solche Kleinigkeiten achtet! Prinzipienerklärungen sind doch eben auch nur Papierfetzen!

Demnach wurde von der Führerschaft des NSV. beschlossen, die Besprechungen über die Verschmelzung mit den Führern des NAS. einzuleiten. Zwar hat die Mitgliedschaft nie einen Auftrag in dieser Richtung gegeben, aber man kann diese doch nicht mit aller organisatorischen Kleinarbeit belästigen!

Selbstverständlich kam die Einheit in die höheren Regionen zu stande. Die „reinen" Syndikalisten waren gewillt, ihre „Kampfesbrüder" mit Haut und Haar in die zentralistisch-kommunistischen Gewerkschaften, daß heißt an den politischen Zentrismus, auszuliefern. Nun mußte aber schließlich doch die Mitgliedschaft befragt werden. Und daß die Dinge nicht ohne innerliche Stöße verlaufen konnten, ist ja selbstredend. So wurde denn eine Urabstimmung eingeleitet, mit dem Erfolg, daß tatsächlich die Mehrheit, sei es auch eine kleine, sich für die Verschmelzung aussprach.

Ihr meint vielleicht: jetzt große Freude bei den Bonzen! Völlig geirrt, mein Lieber! Das NAS. ist doch auch geschäftstüchtig. Es wollte den „Beamtenstaat" wohl mit übernehmen, aber nicht nur den „Apparat". Und so viel war im Voraus zu sehen, daß das NSV. mit so einer Urabstimmung bei dem Ueberlegane auseinanderfallen würde. Also stellte die NSV.-Führerschaft fest, daß die Zeit der „Festigung der Kampforganisation" noch nicht gekommen sei und damit nahm sie sich die Freiheit, den Beschluß der Urabstimmung nicht auszuführen. Alles Bonzenpolitik, wohin wir blicken!

So viel ist aber klar, daß damit das NSV. nicht gerettet wird. Als erster Erfolg sind denn auch verschiedene Gewerkschaften ausgetreten und haben den Beschluß selber durchgeführt: sie suchten Unterkunft beim NAS., wo sie mit offenen Armen empfangen wurden. Diese Verschmelzungsversuche haben dem NSV. bis jetzt weitere 2000 Mitglieder gekostet und also sind noch 2000 vorhanden. So wird bei uns revolutionäre Einheit gemacht.

Bevor wir die weiteren Geschehnisse im NSV. skizzieren können, müssen wir nun die Anarcho-Syndikalistische Gewerkschaftsbewegung betrachten. Es ist hier vor ein paar Jahren eine neue revolutionäre Gewerkschaftsbewegung entstanden, welche ihren Ausstrahlungspunkt bei den Amsterdamer Elektrizitätsarbeitern hatte. In ganz kurzer Zeit wußten diese eine kräftige Organisation zu gründen, welche völlig auf dem Betrieb aufgebaut ist. Der Aufbau entspricht den revolutionären Betriebsorganisationen, wie diese in Deutschland bekannt sind. Außer in der BO. der Elektrizitätsarbeiter ist dieses Organisationsprinzip mit ziemlich gutem Erfolg auf die anderen städtischen Betriebe als Wasser- und Gaswerke, Müllabfuhr usw. übertragen. Die ganze Föderation der BO. arbeitet ohne jede bezahlte Angestellte.

Es handelt sich hier um eine eigentümliche Erscheinung, wofür wir keine genügende Erklärung geben können. Wie bekannt, werden die Arbeitsbedingungen dieser Arbeiter von dem Gemeinderat festgesetzt. Daneben gibt es dann einen ganz offiziellen Apparat von Schlichtungsausschüssen mit Interessenvertretung von Seiten der Gewerkschaften und der Verwaltungen der Betriebe, welche denn auch alle Gewerkschaften, ausgenommen die obengenannten BO. teilnehmen. Hier ist in dem Kampf um die „Besserung der Arbeitsbedingungen" also der Weg der „Demokratie" voll ausgebaut und gerade hier bilden sich für Holland die ersten Ansätze des Selbsthandelns der Arbeiter. Man kann sagen, daß die Arbeiter ihre Organisation völlig in der Hand haben.

Wie oben schon bemerkt, können wir keine genügende Erklärung für diese Entwicklung geben. Man kann darauf hinweisen, daß die Praxis der ausgebauten „Demokratie" gleich ihre Unzulänglichkeit bewiesen hat. Doch ist das nicht genügend, die mehr revolutionäre Gesinnung der städtischen Arbeiter zu erklären. Ihre Arbeitsbedingungen sind etwas besser wie in den „privaten" Betrieben. Ihre „Rechtsposition" ist besser gesichert, sie werden nicht so stark von den Schwankungen der „Konjunktur" betroffen. In Beziehung zur „Privatwirtschaft" haben sie ohne weiteres etwas zu verlieren.

Eine experimentelle Untersuchung nach den ideologischen Verhältnissen bei diesen Arbeitern ist durchaus wichtig.

Der Form nach haben diese Arbeiter also die revolutionäre BO. verwesentlicht, dem Inhalt nach aber noch lange nicht. Diese Bewegung ist als revolutionäre Bewegung schließlich auch zum Tode verurteilt, weil sie bis jetzt doch n i c h t mehr als eine Gewerkschaftsbewegung ist. Wie sie jetzt schon auf das tote Gleis geschoben wird, untersuchen wir das nächste mal.

Organisatorische Mitteilungen

München.

Freitag, den 12. Oktober 1928, 8 Uhr abends.
Oeffentliche Versammlung
in den Kolosseum-Bierhallen.
Thema:
Volksentscheid gegen Panzerkreuzer.
Freie Aussprache. **KAP. und AAU., München.**

Leipzig.

Sonnabend, den 6. Oktober Hauspropaganda. Vollzähliges Erscheinen Pflicht.

Hohenstein-Ernstthal.

Sonnabend, den 13. Oktober, abends 7,30 Uhr, findet im Gasthaus „Stadt Chemnitz" eine **öffentliche Diskussions-Versammlung** statt. Thema: **Volksentscheid gegen Panzerkreuzer.** Um zahlreichen Besuch bittet **KAP. AAU.**

Weißenfels.

Alle Genossen der AAU. und KAP., sowie Sympathisierende, treffen sich j e d e n F r e i t a g, abends 8 Uhr, zum öffentlichen Diskussionsabend im Lokal „Reichsport", Benditzstraße.

Groß-Berlin!

Achtung, Bezirksversammlungen!

Freitag, den 12. Oktober, pünktlich abends 8 Uhr, finden die Distriktsversammlungen statt. Es tagen: 1. 5. 17. Bezirk bei König, Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 20. 6. 13. 14. Bezirk bei Schwartzkopf, Neukölln, Fontanestr. 27. 2. 7. 11. Bezirk bei Josephowitz, Charlottenburg, Galvanistr. 6. 3. 4. Bezirk bei Pränzel, Berlin N, Reinickendorfer Str. 42. Tagesordnung: **Brüssel und Moskau. Die Tagungen der 2. und 3. Internationale.** Vollzählige Beteiligung wird erwartet. Gäste willkommen.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: B. Schwemann, Berlin-Britz. — Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17, Langestr. 79.

9. Jahrg. Nr. 57

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 13. Oktober 1928

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,16 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Int. Instituut soc. Geschiedenis Amsterdam

Der lachende Dritte

Was würde wohl passieren, wenn eines Tages der Pfaffe einer großen Kirche abgehalten, und an dessen Stelle ein „roter" Pastor über das vor die Hunde gegangene Christentum wettern würde? Oder ein Staatsanwalt würde entführt und ein gerissener Junge hielte in der Maske des Verhinderten eine Anklagerede gegen die Justiz? Oder ein begeisterter Anhänger der Naktkultur bräche in ein Kloster ein, und versetzte die dortigen Büßermenschen in einen Nervenschock? — Dann würden die Zeitungen tagelang den Fall ausschlachten, viel Volk würde den Mut des Verwegenen bewundern, wie man den „eisernen Gustav", wie man Hilde Scheller, den Zeppelin, oder sonst eine Sensation bis zur Bewußtlosigkeit „erlebt". Nun haben einige KPD.-Leute den Sozialdemokraten Schwarz genasführt, und ein KPD.-Mann hat sich dort als der fällige Redner gemeldet, hat gesprochen, hat gesprochen, ohne daß der Rundfunk irgendwie Schaden gelitten hat. Und nun haben die Zeitungen einige Tage Stoff, die Kleinbürger einige Tage etwas zu lachen, und auch die Arbeiter ihren Anschauungsunterricht darüber, mit wie wenig Geist die Welt regiert wird. Der Hauptmann von Köpenick, der seinerzeit dem preußischen Militarismus einen Spiegel vorhielt, hatte sich aber innerhalb eine Position für einige Jahre geschaffen. Bei der heutigen Zeit sind die Menschen anspruchsvoller. Die KPD. hat den Schulz noch rasch in einer Serie von Versammlungen in Berlin sprechen lassen können, und damit wird das Fett wohl abgeschöpft sein. Auch dafür sind die letzten Wochen und Monate hahrreich. Von Max Hölz, dem großen Messias, spricht heute niemand mehr. Trotzky, der in Sibirien saßt und den anderen oppositionellen Arbeitern in Rußland langsam und sicher um die Ecke zebracht wird, hat seinen „Reiz" verloren. Die „Koalitionsregierung" ist nun einmal da, und lange genug diskutiert. Das „Volksbegehren" erregt noch nicht einmal soviel Aufmerksamkeit, als irgend eine pikante Liebesgeschichte, das ist schon daran zu ersehen, daß die KPD. noch nicht einmal ihre Wähler hinter dem Ofen vorzulocken in der Lage ist. Der Schulz, ja, das ist ein Kerl, knorke! Und die anderen Drei auch, alle Achtung! Haben Sie gelesen? Einfach famos! — Aber „Volksbegehren"? — Ach Gott, das ist ja doch so 'ne Geschichte, ob wir dahin gehen, oder nicht. Sie haben ja gesehen, wie das mit der Fürstenabfindung gekommen ist. — Ueberdies, nun fährt der Zeppelin doch nach Amerika. — Was sagen Sie zu dem Fall Treiber? Der hat sie gewiß um die Ecke gebracht, man konnte ihm bloß nichts nachweisen, aber umsonst hat der die nicht so hoch versichert.

An diese Ideologie hat die KPD. wieder einmal „angeknüpft". Wer daran „anknüpft", muß das Bedürfnis dieses Publikums natürlich auch befriedigen, und daraus wächst der Zwang, den Film wechselnd wilder Sensationen unausgesetzt rasen zu lassen. Entsteht eine Lücke, eine zu breite Lücke, läuft das Publikum fort, und der Bankrott ist da. Wer die Politik der KPD. und III. Internationale verfolgt, sieht, daß sie bereits die Gefangenen dieser „Politik" sind. Man kann gespannt sein, was nächstens auf dem Bild erscheint, um sich die Gunst dieses Publikums zu erhalten. Es muß ein großer Schlager sein, sonst gibt er Brocken.

Daß der „Vorwärts" so laut über „Banditen" schreit, ist aber trotzdem mehr als komisch. Aber vom Standpunkt einer ruhigen Spießbürgerpartei ist das dennoch zu verstehen. Die Leute ruhen satt und zufrieden auf ihren Errungenschaften, sind Gottseidank vollwertige Kinder der bürgerlichen Gesellschaft, wenn man ihnen auch hie und da ihren Stammbaum noch vorwirft, und der solide Bürger, dem die Bildung aus Nase und Augen tropft, erschrickt natürlich schon, wenn ein kleiner Junge hinter der Wachtparade im falschen Tritt läuft. Geraten aber solche Auserlesenen gar einmal in die vorüberziehende Bevormundung des „Pöbels", dann sind sie ja gerade an der Stelle getroffen, wo sie am gottähnlichsten sind. Daher auch die Wut, nachträglich, wenn sie sich reine Wäsche angezogen haben, und das erhabene Gefühl sie wieder trägt, daß vorderhand so leicht kein Fleck in die Hose kommen wird. Bei ausgesprochenen Parvenüs ist das noch schlimmer. Sie bringen noch nicht einmal die Geistesgegenwart auf, vermittelst einer kräftigen Dosis Humor über eine Situation hinwegzukommen, sondern brüllen sich heiser nach den verfluchten „Banditen"; — das Recht Bandit zu sein, haben nur sie. Und wenn irgend ein dreckiger Bourgeois dieser „feinen Leute", wie dieser Schiff, der nach dem Eingeständnis der Leipziger Volkszeitung von der Bourgeoisie ausdrücklich in die SPD. beordert wurde, um dort die ökonomischen Bedürfnisse des Finanzkapitals zu fördern, sich in der Hochbahn wie ein Bandit benimmt, so ist das natürlich ganz in Ordnung. Das Recht, Banditen zu sein, haben eben nur die „feinen Leute".

Aber ungeachtet der Clowns, die sich vor einem lachenden Publikum schlagen, ist es sowohl für die Arbeiter der SPD. als auch für die der KPD. langsam Zeit, sich darauf zu besinnen, ob das gegenseitige Gekläff dieser Parteien irgendwie positiv ihren Interessen dient. Für die Proleten der SPD. ist es ein schlechter Trost, daß die Komödie von diesem „Volksbegehren" und „Volksentscheid" letzten Endes mit einer Riesenblamage enden muß. Natürlich ist es richtig, daß die Thälmann-Partei noch nicht einmal mehr die Kraft hat, eine aus Dummheit und Schnaps zusammengesetzte Null, wie diesen Thälmann, in den Orkus zu werfen. Er ist überführt, monatelang die ekelhafteste Korruption gedeckt, den korrumpierten Strolchen dadurch monatelang das Stimmrecht in der höchsten Körperschaft der Partei gesichert zu haben. Aber eine Partei, deren Köpfe nicht den Tatsachen ins Gesicht schauen dürfen, die den Kapitalismus in Rußland als Kommunismus verherrlichen, und jede aus dieser Tatsache folgende bürgerliche Notwendigkeit als 100prozentigen „Klassenkampf" anbeten müssen, kann ein selbstständig denkendes Hirn nicht verdauen. Dort gibt es nur ausgesprochene Trottel, oder korrumpierte Elemente, und die letzteren sind die Ueberlegenen. Hätte man diesen Thälmann geschasst, hätte man mit der Rache Teddys rechnen müssen, denn solche Burschen packen dann alles aus. Man darf an diesem Sumpf nicht mehr rühren, sonst platzt ein Geschwür, dessen Gestank auch für den treuesten Roten Frontkämpfer einfach unerträglich würde.

Aber wie gesagt, die Arbeiter der SPD. müssen wissen, daß dieser Sumpf kein Argument sein kann, von den Dingen fortzusehen, die bei ihnen vorgehen. Kein Mensch zweifelt heute mehr daran, daß die SPD. mit der größten Beharrlichkeit den neuen 4. August vorbereitet. Es wäre verkehrt, sich darüber noch in Rätselraten einzulassen, jeder Arbeiter sieht täglich, an der steigenden Verelendung der Massen, daß innerhalb des Kapitalismus keine Lösung möglich ist, und daß das „Hineinwachsen" in den „Sozialismus" ein Hineinwachsen der Massen in die Barbarei ist. Es ist auch merkwürdig still geworden in der SPD., trotzdem das „Wehrprogramm" schon ganz klar aus dem „Vorwärts" herausschaut: Die Verteidigung der kapitalistischen Republik als ein „Stück Sozialismus".

So lassen sich die Massen der Proletarier gegeneinandersetzen, und begnügen sich damit, wenn man ihnen auf eine Frage, die das Schicksal des Proletariats berührt, statt einer positiven Antwort, einen Korb voll Schweinereien der Konkurrenz vor die Nase setzt. Dieses Spiel wiederholt sich nun schon jahrelang, hat aber in den letzten Monaten Formen angenommen, deren Ausmaße Zeugnis ablegen von dem Tiefstand wirklich proletarischen Klassenbewußtseins, wie es in den Jahren nach der "Revolution" einfach unerreicht ist. Man lacht über einen „gelungenen Streich", vergißt aber vollständig, daß der Schulz durch die „rote Welle" eigentlich weiter nichts sagte, als daß die Rüstung der deutschen Bourgeoisie feste mit dem Stimmzettel totgeschlagen werden müßte. Das hat uns die Sozialdemokratie schon eben so schön, eben so unverfroren gesagt, wenn sie auch heute aus taktischen Gründen nicht in dieses Horn bläst, in das sie sonst bläst. Man rächt sich bei Hinweis auf die widerspruchsvolle Politik der KPD. mit dem Hinweis auf die Panzerkreuzerpolitik der SPD., ohne daran zu denken, daß eine Lumperei die andere niemals rechtfertigen kann. So nehmen die Dinge vorderhand ihren Lauf.

Aber das Erwachen wird kommen, weil die Weltgeschichte sich nicht um die Bedürfnisse verlogener Politikanten kümmert und damit auch das Ende parlamentarischer Harlekinade. Das Proletariat wird erkennen, daß sein Kampf über dem Niveau demagogischer Parlamentsaffen stehen muß, wenn es nicht durch den bürgerlich-parlamentarischen Sumpf vergiftet und vernichtet werden will, zugunsten des lachenden Dritten, der Kapitalismus.

Das Reparationsmonopoljahr

Der Dawesplan sah für die Zeit vom 1. September 1924 bis 31. August 1928, um den wirtschaftlichen Aufbau des deutschen Kapitals nicht zu stark zu belasten, herabgesetzte Leistungen vor. In dieser Uebergangszeit staffelten sich die Zahlungen von 1 Milliarde im ersten Jahr über 1,22 im zweiten und 1,2 im dritten auf 1,75 Milliarden im letzten Jahr. Im Ganzen waren mit den Erhöhungen aus dem Wohlstandsindex 5,47 Milliarden zu zahlen und sind auch gezahlt worden. Den größte Teil der Zahlungen erfolgte in Sachlieferungen, die im Durchschnitt die Hälfte der Leistungen ausmachten. Durch den Transfer erfolgten Barüberweisungen in ausländischer Währung, die im letzten Reparationsjahr fast 25 Prozent ausmachten und monatlich 34 Millionen betrugen. Diese Beträge flossen fast ausschließlich aus den beim ausländischen Kapital aufgenomenen Krediten. Die Zahlung erfolgte also nur insoweit aus den Ueberschüssen der deutschen Wirtschaft, als eine Zinslastübernahme erfolgte. Als effektive Leistung sind also lediglich verhältnismäßig geringe Beträge einzusetzen und zwar dürften im letzten Jahr 200 Millionen an Zinsen getragen worden sein. Wichtiger für das deutsche Kapital ist die Tatsache, daß durch diese „unproduktive" Kapitalaufnahme das Kapital nicht zur Erweiterung der Produktion eingesetzt werden konnte. Wenn man noch den für die Sachleistungen notwendigen Kapitalaufwand hinzurechnet, so dürften diese 4 Jahre ungefähr 4 Milliarden Verschuldung auf Reparationskonto gebracht haben. Dadurch würden die 4 Jahre 500 Millionen Mark Zinsen gekostet haben mit einer Dauerlast von 350 Millionen Mark jährlich. Das deutsche Kapital possunt aber in die Weltescichte hinaus, daß es den Riesenbetrag von 5,47 Milliarden gezahlt habe. Solange das amerikanische Kapital den Kredit gibt, ist die Reparationszahlung keine erhebliche Belastung. Sie wird erst zur Gefahr, wenn der amerikanische Kapitalexport zurückgeht oder sich von Europa ab und Asien zuwendet. Diese Tendenz ist aber in steigendem Maße vorhanden. Es geht auch auf die Dauer nicht an, die Schulden an das Ausland ständig um den Betrag des Normaljahres, der 2½ Milliarden beträgt, zu vermehren, zumal die begreifliche Tendenz besteht, anstatt der Sachleistungen den Bartransfer durchzuführen. Es würde dies schließlich eine untragbare Belastung darstellen, da ja die Anleihen eines Tages auch zurückgezahlt oder amortisiert werden müssen. Zum Aufbau der Wirtschaft und um aus der Inflation herauszukommen blieb kein anderer Ausweg. Die Jahresbeträge machten im Durchschnitt effektiv 1 Milliarde aus, während jetzt 2½ Milliarden fast restlos heraugewirtschaftet werden müssen. Ein Ende dieser Leistungspflicht ist nicht vorauszusehen. Infolgedessen ist die Situation für das deutsche Kapital mit dem Beginn des Normaljahres sehr kritisch.

Diese Lage ist den deutschen Gläubigern, insbesondere dem französischen Kapital sehr gut bekannt. Es weiß, daß das deutsche Kapital jeden Preis zahlen muß, um eine Festlegung der Reparationssumme zu erreichen. Wenn ihm dies nicht gelingt, so kann es auf eine weitere Unterstützung durch das amerikanische Kapital mit Krediten nicht rechnen. Einmal fürchtet Amerika bei einer weiteren Kreditinanspruchnahme für die Sicherheit der von ihm gewährten Anleihen, zumal da die Reparationsforderungen allen anderen Forderungen vorgehen. Dann könnte es auch nicht übersehen, welche Kredite es gewähren müßte, um die bisher aufgenommenen Beträge zu decken. Schließlich hat es bisher die ausgeliehenen Summen als Zinslast für die den Alliierten zeilehenen Beträge weiter hierein bekommen. Nach den bis 1926 abgeschlossenen europäisch-amerikanischen Abkommen sind von den europäischen Staaten jährlich Zahlungen vor durchschnittlich 1787 Millionen Mark zu leisten. Dieser Betrag entspricht der Höchstsumme der deutschen Reparationsleistung im vierten Reparationsjahr. Im Normaljahr hat aber das deutsche